

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 17. Dezember 1964

Blatt 3488

## Die Budgetberatungen im Rathaus:

### Öffentliche Einrichtungen

=====

17. Dezember (RK) Am fünften Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde zuerst die Geschäftsgruppe VIII (Öffentliche Einrichtungen) behandelt. Stadtrat Franz Koci (SPÖ) erstattete das Referat:

"Der Voranschlag für das achte Hauptstück sieht Einnahmen in der Höhe von 380,374.100 Schilling und Ausgaben von 891,274.100 Schilling vor. Der Gebarungsabgang für die als Betrieb organisierten sowie betriebsmäßig geführten Abteilungen, wie Kanalisation, Wasserwerke, Bäder, Wäschereien, die Stadtreinigung und den Fuhrpark, ergibt 510,900.000 Schilling und wird um 65,019.200 Schilling, das sind 14,5 Prozent höher sein als im Jahre 1964.

Um ein klagloses Funktionieren der öffentlichen Einrichtungen der Großstadt Wien zu erreichen, muß dieser Gebarungsabgang aus allgemeinen Steuergeldern gedeckt werden.

Die Erhöhung des Abganges im Vergleich zum Vorjahr zeigt deutlich die großen baulichen Herstellungen, welche hauptsächlich bei den Wasserwerken veranschlagt sind. Für die Kanalisation sind 51,715.000 Schilling, für die Wasserwerke 130,850.000 Schilling, die Bäder 33,250.000 Schilling, die Wäschereien 5,300.000 Schilling und die Stadtreinigung mit dem Fuhrpark 29,891.000 Schilling vorgesehen.

### Kanalisation

Die Kanalisation erwartet aus den Kanaleinmündungs-, Kanalbenützungs-, Senkgrubenräumungs- und Verstopfungsbehebungsgebühren Einnahmen in der Höhe von 62,940.600 Schilling und rechnet mit Ausgaben in der Höhe von 104,928.800 Schilling. ./.

Für die Erhaltung der Kanalisationsanlagen wurden 17 Millionen Schilling aufgewendet und sind im Voranschlag 1965 17,5 Millionen Schilling vorgesehen. Darunter fallen die laufenden Erhaltungsarbeiten am Kanalnetz, der Umbau der schadhaften Kanäle, die Auswechslung unzulänglicher Kanäle sowie größere Kanalinstanzsetzungen. So wird beispielsweise bei dem geplanten Kanalumbau im ersten Bezirk in der Postgasse in den alten großdimensionierten Ziegelkanal ein Betonprofil, eiförmig, im Durchmesser von 80 Millimeter lichte Weite und 120 Millimeter lichte Höhe, eingebaut und der Hohlraum zwischen dem Ziegelkanal und dem Betonprofil mit alten Ziegeln ausgefüllt. Der um die Jahrhundertwende hergestellte Donaufelder Sammelkanal zeigt in steigendem Maße Verfallerscheinungen, die die Fortsetzung von der Wagramer Straße gegen die Belliniggasse notwendig machen. Auch eine Reihe sonstiger aus dieser Zeit stammender Kanäle, unter anderem überaltete Ziegelkanäle, zeigen so schwere Baumängel, daß ihr Umbau fortgesetzt werden muß.

Für die Ausgestaltung der Kanalisationsanlagen wurden im laufenden Jahr 44,8 Millionen Schilling ausgegeben; im Verwaltungsjahr 1965 sind 51 Millionen Schilling veranschlagt. 13 Millionen Schilling sind für die Kanalisierung städtischer Wohnhausanlagen gedacht. Die Kanalisierung von Hadersdorf-Weidlingau wird fortgesetzt. Die schon lang projektierte Einwölbung des Erbsenbaches in der Sieveringer Straße bis zur Agnesgasse kann nunmehr begonnen werden.

Weiter wird die Kanalisierung der Nordrandsiedlung im 21. Bezirk fortgeführt. Damit werden zwei Drittel der gesamten Kanalisierung dieser Siedlung erreicht werden. Es wird aber auch die Kanalisierung des Siedlungsgebietes, 22, Hirschstetten, Quadenstraße, begonnen.

Im laufenden Jahr wurden vier Millionen Schilling für die Kanalumbauten im Zusammenhang mit dem Umbau des Matzleinsdorfer Platzes aufgewendet. Für 1965 sind weitere sechs Millionen Schilling veranschlagt. Für die Tiefführung der Straßenbahn im Bereich Getreidemarkt-Landesgerichtsstraße waren im laufenden Jahr für die Kanalumbauten 5,3 Millionen Schilling erforderlich. Diese Arbeiten werden im kommenden Jahr elf Millionen Schilling benötigen.

Obwohl im laufenden Jahr rund 17 Kilometer Kanäle neu verlegt wurden hat sich die Zahl der Senkgruben um 3.070 auf 28.989 erhöht. Bis 31. Oktober wurden 19.550 Senkgrubenräumungen vorgenommen.

#### Wasserwerke

371,344.400 Schilling werden für die Ausgaben der Wasserwerke veranschlagt. Demgegenüber stehen Einnahmen in der Höhe von 150,991.500 Schilling, somit beträgt der Gebarungsabgang 220,352.900 Schilling. Der Personalaufwand ist mit 61,996.800 Schilling, der Sachaufwand mit 163,497.600 und die Investitionen mit 130,850.000 Schilling errechnet.

In der Verwaltung der Wasserwerke stehen die I. und II. Hochquellenleitung mit einer 319 Kilometer langen Leitungsstrecke, die Grundwasserwerke in Matzendorf und Pottschach, die Wientalwasserleitung, die Wasserkraftwerke in Hirschwang, Kaiserbrunn und Naßwald, die sechs Wasserkraftwerke, zwei Grundwasserwerke und ein Hebewerk in Wildalpen, der Speicher Neusiedl mit einem Fassungsraum von 600.000 Kubikmeter und in Wien das 2.332 Kilometer lange Rohrnetz, die 31 Behälter mit einem Fassungsraum von 550.000 Kubikmeter, zehn Grundwasserwerke, 13 Hebewerke, sechs Drucksteigerungswerke und fünf Wasserkraftwerke.

Die Zahl der Anschlüsse der Wasserabnehmer beträgt rund 84.000. Dazu kommt noch der rund 22.680 Hektar große Grundbesitz, welcher zum Schutz der Quellengebiete von den Wasserwerken erworben wurde.

Bei je zwei Abkehrungen an der I. und II. Hochquellenleitung konnten im Jahre 1964 zahlreiche Zeitschäden ausgebessert werden. Diese Abkehrarbeiten sind jeweils auf 60 Stunden begrenzt und werden meistens über das Wochenende, wenn geringere Wassermengen verbraucht werden, durchgeführt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen schweren Tankwagenunfall hinweisen, der sich am 14. August im Quellengebiet der Stixensteiner Fassungsanlagen ereignet hat. Dieselöl trat in den Leitungskanal der Stixensteiner-Leitung und es mußte diese abgeschaltet werden. Das erdölgetränkte Erdreich an der Unfallstelle wurde ausgebagert und abgeführt.

Das Ölvermengte Grundwasser wurde laufend abgepumpt und gleichfalls abgeführt. Die Sanierungsarbeiten dauerten bis 12. Oktober, das sind 61 Tage, in welchen täglich rund 10.000 Kubikmeter Trinkwasser abgeleitet werden mußten. Durch diesen einen Tankwagenunfall ging also eine Menge von rund 600.000 Kubikmeter Wasser verloren, das ist der Fassungsraum des Großspeichers in Neusiedl in Steinfeld.

Im Hinblick darauf wurde von der Magistratsdirektion die Weisung erteilt, bei den Bezirkshauptmannschaften den Antrag zu stellen, verschiedene Verkehrsbeschränkungen im Bereich von Wasserleitungsanlagen zu erlassen.

Die Quellschüttung war ausnahmsweise heuer sehr günstig. Bis zum Oktober 1964 wurde eine Wassermenge von 140,069.422 Kubikmeter gewonnen, das sind im Mittel pro Tag 459.189 Kubikmeter. Es konnten durchschnittlich 71,5 Prozent Quellwasser einschließlich der Triestingtalleitung, 27,5 Prozent Grundwasser und ein Prozent aus der Wientalwasserleitung aufgebracht und dem Verbrauch zugeführt werden. Bis zum Oktober 1964 wurden 137,434.146 Kubikmeter dem Wiener Verbrauch zugeführt, das sind 449.842 Kubikmeter im Durchschnitt pro Tag. Die Wiener haben im Vergleich zu dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres um 1,423.384 Kubikmeter weniger verbraucht.

An 134 Tagen dieses Jahres wurden mehr als 300 Liter Wasser pro Kopf verbraucht und der höchste Verbrauch wurde am Dienstag, dem 21. Juli, mit 571.900 Kubikmeter oder 369 Liter pro Kopf gemessen. Der geringste Verbrauch ergab sich am Sonntag, dem 29. März, mit 333.100 Kubikmeter oder 215 Liter pro Kopf. Der Gesamtverbrauch ist demnach im Vergleich zu 1963 um rund ein Prozent zurückgegangen. Sämtliche Benützigungen der Wasserwerke hängen schließlich doch auch von der Großwetterlage ab.

Die Wasserwerke treiben aber mit aller Energie die Maßnahmen zur zusätzlichen Wassergewinnung voran. 130,8 Millionen Schilling sind im Voranschlag 1965 für Investitionen veranschlagt.

Auf Grund der wasserrechtlichen Bewilligung zur Wasserentnahme aus dem Grundwasservorkommen der Unteren Lobau konnten bereits im Februar die Arbeitsausschreibungen durchgeführt und am 6. April der Bau des Grundwasserwerkes Lobau begonnen werden.

Die genaue Überwachung aller dieser Arbeiten durch einen sogenannten "Netzplan" gibt die Gewähr, daß, abgesehen von unvorhergesehenen Katastrophen, zum Jahresende 1965 das erste Wasser aus der Lobau nach Wien gepumpt werden kann.

Für die III. Wasserleitung sind im Voranschlag 1965 1,5 Millionen Schilling festgelegt. Im Auftrag der Obersten Wasserrechtsbehörde sind weitere Vorarbeiten erforderlich, die zu einer Wasserbilanz des Steinfeldes führen sollen.

Auch die Vorbereitungsarbeiten für die Fassung und Einleitung der 'Sieben Quellen' machten große Fortschritte.

Durch Ankauf von Fremdwasser und Vertiefung von Brunnen an der I. Hochquellenleitung konnte die Wasserführung um 10.000 Kubikmeter pro Tag erhöht werden.

Durch den Erlaß einer Schutzgebietsverordnung für das Einzugsgebiet des Wienerwaldsees wurde die Grundlage zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse geschaffen.

1,5 Millionen Schilling sind für die Vorarbeiten zur Errichtung eines Grundwasserwerkes im 20. Bezirk, Klosterneuburger Straße, auf den Gründen der ehemaligen Eisfabrik, im Budget aufgenommen.

Zur Verbesserung der Wasserverteilung und Vergrößerung der Behälter in Wien wurde ebenfalls viel Arbeit geleistet.

Für die Errichtung der Unterpflasterstraßenbahn im Bereich der Lostenstraße wurden Rohrstrangumlegungen der verschiedensten Durchmesser von insgesamt bisher 2,3 Kilometer Länge erforderlich.

Ebenso konnte beim Ausbau der Grünbergstraße ein Kilometer der neuen Spannbetonrohrleitung als Ersatz für die im Krieg schwer getroffene und gebrochenanfällige Leitung verlegt werden.

Im Zuge des großzügigen Umbaus des Matzleinsdorfer Platzes sind große Umlegungen und Neuverlegungen von Rohrsträngen notwendig, die derzeit in Arbeit sind. Die Hauptarbeiten dafür werden im Jahre 1965 durchgeführt.

#### Bäder

Die städtischen Bäder rechnen mit Einnahmen von 23,360.900 Schilling. Die seit 1. Jänner in Geltung stehenden neuen Bäderpreise rechtfertigen diese höheren Einnahmen. So konnte bei der Gegenüberstellung zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres beim Kartenerlös eine Mehreinnahme von rund 4,421.000 Schilling, das ist um rund 29 Prozent mehr, erzielt werden.

An Ausgaben rechnen die Bäder mit 85,724.500 Schilling somit ein Gebarungsabgang von 62,363.600 Schilling. Allein der Personalaufwand beträgt 28,798.600 Schilling. Der Sachaufwand 23,674.900 Schilling. Die Investitionen werden mit 33,250.000 Schilling veranschlagt.

Im laufenden Betriebsjahr standen 68 Badeanstalten im Betrieb: 18 Volksbäder, vier Dampf-, Wannen- und Hallenbäder, drei Warm- und Sommerbäder, elf Sommerbäder und 32 Kinderfreibäder. Die Sommerbäder wurden am 6. Mai eröffnet und blieben bis zum 20. September, das Strandbad Alte Donau bis 30. September im Betrieb.

1,461.639 Badegäste besuchten die Sommerbäder, das ist ein Rückgang der Besucherzahl von 108.570 im Vergleich zu dem trockenen Sommer des Jahres 1963. Wir hatten heuer einen niederschlagsreicheren Sommer, und das drückt sich natürlich in der Besucherzahl der Sommerbäder aus.

Die Kinderfreibäder wurden am 1. Juni 1964 eröffnet und schlossen ihre Pforten am 4. September. 590.610 Kinder waren eifrige Besucher dieser kleinen Paradiese.

Durch den Neubau des Kinderfreibades im 14. Bezirk, Reinlgasse und den Umbau der Kinderfreibäder im 11. Bezirk, Hyblerpark, sowie Stammersdorf standen heuer 32 Kinderfreibäder den badelustigen Wiener Kindern zur Verfügung.

Die Besuchsziffer bei den Warmbädern ist nach wie vor sinkend. 3,352.809 Badegäste suchten unsere Badeanstalten bis zum 31. Oktober auf.

Für den Neubau des Floridsdorfer Hallenbades werden 18 Millionen Schilling für das Jahr 1965 veranschlagt.

Im Jörgerbad wird mit der Neuerung der gesamten wärmetechnischen Anlage begonnen.

Der Schwimmhallenbau im Theresienbad hat bisher mehr als 13 Millionen Schilling gekostet. Für das kommende Jahr sind 6,5 Millionen Schilling für die Fertigstellung vorgesehen.

Und nun noch etwas zu den Sommerbädern: Das ganz veraltete Sommerbad Hütteldorf soll nach und nach modernisiert werden. Der Anschluß des Sommerbades Ottakring an die Fernheizleitung der Müllverbrennung soll fertiggestellt und damit die Möglichkeit geschaffen werden, das Schwimmbeckenwasser zu erwärmen.

### Wäschereien

Aus dem Voranschlag 1965 ist zu ersehen, daß Einnahmen in der Höhe von 27,096.100 Schilling und Ausgaben von 32,396.100 Schilling erwartet werden, wovon allein der Personalaufwand 18,989.300 Schilling beträgt. 5,3 Millionen Schilling werden an Investitionen ausgegeben werden.

Die städtische Zentralwäscherei, 12, Schwenkgasse, hat für den Großteil der städtischen Spitäler, Wohlfahrtsanstalten, Kindergärten, Ämter und Betriebe die Wäschereinigung zu besorgen. Daneben hat der genannte Wäschereibetrieb die Chemischreinigung und Desinfektion von Wolldecken der städtischen Spitäler und Anstalten sowie der städtischen Kindergärten durchzuführen.

Der städtischen Wäscherei 'Heimhof' ist neben der Wäsche der Mieter, die Wäsche der städtischen Feuerwehren, der Berufsschulen, der Wasserwerke und der Obdachlosenherbergen bis auf weiteres zur Reinigung zugewiesen.

Die Waschleistung für das laufende Jahr wird 5,800.000 Kilogramm Reinwäsche betragen.

Der Bau der zweiten Zentralwäscherei konnte noch nicht begonnen werden, da bezüglich der Baugestaltung noch Verhandlungen im Gange sind.

### Stadtreinigung

Und nun zur letzten Abteilung, die hauptsächlich erst im Winter Beachtung findet.

Der Voranschlag 1965 weist Einnahmen in der Höhe von 115,985.000 Schilling und Ausgaben von 296,880.300 Schilling aus. Der Gebarungsabgang beträgt 180,895.300 Schilling. Der Sachaufwand beträgt 98,066.200 Schilling und die Investitionen werden sich auf 29,891.000 Schilling belaufen. Für den Personalaufwand werden 165,823.100 Schilling benötigt.

Vor allem bei der Straßenreinigung, deren Aufgabe es ist, rund 20 Millionen Quadratmeter Straßenfläche im Sommer und Winter zu reinigen, ist - trotz dem Einsatz von technischen Mitteln und verschiedenen Rationalisierungsmaßnahmen - der Arbeitskräftemangel äußerst fühlbar.

Da der Einsatz aller Arten von Kehrmaschinen bei Tag durch die verparkten Gehsteigränder immer schwieriger wird, wurde das Hauptgewicht des Kehrmaschineneinsatzes in die Nacht verlegt.

Im Wintereinsatz hat sich die verstärkte Anwendung von Auftausalz zur Bekämpfung von Glatteis gut bewährt. Aber auch bei Einsetzen von Schneefällen wird durch das Streuen von Salz ein guter Erfolg erzielt sowie das Festfrieren des Schnees auf der Unterlage vermieden und so seine rasche Beseitigung bei der Räumarbeit erreicht. Eine neuartige Schneepflugtype, die im vergangenen Winter versuchsweise eingesetzt war und die Abfederung des Pfluges mittels Druckluft besorgt, hat sich als gut verwendbar erwiesen, weshalb von dieser Type eine große Zahl neu beschafft wurde.

Die Anzahl der Abfallsammelkörbe ist mit rund 6.500 Stück gleichgeblieben. Dazu kommen als Neuerung noch 25 Groß-Abfallsammelkörbe mit einem Inhalt von 70 Liter, die auf frequentierten Plätzen der Stadt aufgestellt wurden. Da sich diese Einrichtung gut bewährt hat, wurden weitere 110 Körbe dieser Type in Auftrag gegeben.

Für die kommende Winterperiode stehen 185 betriebseigene und 75 private Schneeräugeräte zur Verfügung. An Streufahrzeugen zur Glattebekämpfung stehen 160 Fahrzeuge mit automatischer Streuvorrichtung, zehn Großraumstreuer und 25 Salzstreuanhänger bereit. Für die Beladung mit Streumaterial werden zwei Überkopflader, drei Frontlader, neun Förderbänder, acht Becherwerke eingesetzt, weiter stehen zwei Sandsilos hierfür zur Verfügung.

An Streumaterial für die kommende Winterperiode sind 24.600 Kubikmeter Streuriesel und 3.700 Tonnen Auftausalz eingelagert.

Zur Einsammlung des Mülls stehen 165 Müllwagen sowie zwei Kübeltauschwagen und ein Kübelwaschwagen zur Verfügung. Die Anzahl der Müllgefäße beträgt 270.800. Davon sind 152.000 90-Liter Gefäße, 55.800 110-Liter Gefäße, die geräuschärmer sind, 61.500 35-Liter Gefäße und 1.500 Stück mit einem Fassungsraum von 1.100 Liter Inhalt.

Die 1.100 Liter Großbehälter, die im Vorjahr versuchsweise eingeführt wurden, haben sich sehr gut bewährt. Die Bevölkerung hat diese Neueinführung im allgemeinen sehr begrüßt, da diese sowohl Vorteile für die Hausbewohner als auch für die Müllabfuhr bringen. Der voraussichtliche Müllanfall für 1964 beträgt mindestens 1,200.000 Kubikmeter.



Zur sanitären Verbesserung wurde die Abholzeit des Mülls weiter verkürzt und wird immer mehr auf die zwei- und dreimal wöchentliche Müllsammlung übergegangen.

Erstmals wurde im Berichtsjahr eine kostenlose Sperrmüllsammlung im großen Stil durchgeführt. Insgesamt wurden bis jetzt 16 Wiener Gemeindebezirke erfaßt. In 65 Tagen wurden insgesamt 6.545 Sperrmüll-Ladungen abgeführt. Die für die Stadt Wien hierfür aufgelaufenen Kosten waren nicht unbeträchtlich, sie belaufen sich auf rund zwei Millionen Schilling.

Die Müllverbrennungsanlage zeigte, daß sie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hat. Es wurden in den ersten zehn Monaten dieses Jahres rund 90.000 Tonnen Müll verbrannt und daraus eine Dampfmenge von 135.000 Tonnen erzielt. Es wird versucht werden, die Leistung der Anlage, vor allem im Hinblick auf die Verwertung der Sommerwärme, zu erhöhen.

Die Studien für die Errichtung einer zweiten Müllverbrennungsanlage werden fortgesetzt.

Im abgelaufenen Jahr wurden zehn neue Bedürfnisanstalten errichtet. Es stehen zur Zeit 128 Anlagen in Verwendung. Sieben neue Anlagen werden im kommenden Jahr errichtet.

Die fahrbaren Toilettenwagen haben sich in einer großen Anzahl von Einsätzen bewährt. Die jährliche Kilometerleistung des Fuhrparks beträgt 5,2 Millionen Kilometer. Die Fahrzeuganzahl des städtischen Fuhrparks beträgt derzeit 552 Motorfahrzeuge und 115 Anhänger.

Der Dienstkraftwagenbetrieb verfügt über 61 Personenkraftwagen und vier Kommissionswagen und bewältigt derzeit eine jährliche Kilometerleistung von zirka 950.000 Kilometer.

Die Errichtung einer vierten Großgarage, die jenseits der Donau im 22. Bezirk gelegen sein soll, wird vorbereitet."

Abschließend dankte Stadtrat Koci für die gute Zusammenarbeit und ersuchte um Annahme des Budgets seiner Verwaltungsgruppe.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:

## Wohnungswesen

=====

17. Dezember (RK) Als zweite Verwaltungsgruppe am heutigen fünften Tag der Budgetberatungen wurde die Gruppe IX (Wohnungswesen) behandelt. Stadtrat Glaserer (SPÖ) referierte:

"Der Bericht zum Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen wird heute von mir zum elften Male referiert. Ich erwähne das nur deshalb, weil mich meine zehnjährige Tätigkeit in diesem Ressort veranlaßt, einmal Bilanz zu machen. Zu sehen: Hat sich die Wohnungssituation unserer Stadt in diesen zehn Jahren verändert, verbessert, oder ist sie gleich geblieben?"

In diesem Haus wurde oftmals die Meinung geäußert, daß seit Jahr und Tag alles unverändert ist, daß wir bestenfalls imstande sind, den neu hinzukommenden Notstand aufzusaugen.

Ich habe mir nun die Vormerkungsstatistik des Jahres 1955 ausgehoben, um diese der Statistik von heute gegenüberzustellen.

Wohnungsnot gemildert

Ich verzichte absichtlich, die Endsummen dieser Statistiken zu vergleichen, da die Vormerkungsbedingungen im Laufe der Jahre nicht gleichgeblieben sind. Gleichgeblieben aber sind die Vormerkungsbedingungen für Einsturz, für bestehende oder drohende Obdachlosigkeit und für Seuchenerkrankungen. Und hier hat sich doch eine deutlich erkennbare Veränderung ergeben.

Während wir 1955 noch 14.839 sogenannte sehr dringende Fälle in unserer Statistik anführen mußten, weist die Statistik mit Ende November 1964 6.307 solcher Fälle auf. Wir sind also mindestens in der Beseitigung des akuten Notstandes nicht ohne Erfolg geblieben.

Gleichgeblieben hingegen sind die Vormerkungen wegen Überbelag und gesundheitsschädlicher Wohnungen. Das bedeutet, daß der qualitative Notstand unserer Stadt nach wie vor das Problem Nummer Eins ist.

Nach meiner bescheidenen Auffassung würde ich daher meiner Aufgabe nicht gerecht werden, würde ich nicht diese sich jährlich einmal bietende Gelegenheit wahrnehmen, um vor diesem, die Verantwortung tragenden Forum auf die Dringlichkeit unseres Wiener Wohnungsproblems aufmerksam zu machen. ./.

Darf ich zum Beispiel darauf hinweisen, daß die Bewohner der aus der sogenannten Spekulationszeit stammenden Häuser, angesichts der vielen modernen Neubauten, den Zustand, in dem sie zu hausen gezwungen sind, immer drückender empfinden, oder daß sie infolge des immer schlechter werdenden Bauzustandes dieser Objekte zu immer höheren Zahlungen verpflichtet werden.

Ein anderes Kapitel: Die geburtenstarken Jahrgänge sind bereits ins heiratsfähige Alter gekommen. Wieder haben wir in der Berichtszeit 42.3 Prozent unserer Neubauwohnungen an junge Ehepaare vergeben. Aber auch dieser hohe Prozentsatz reicht bei weitem nicht aus, den Wohnbedarf dieser Generation zu decken.

Hiezu gehört auch das Kapitel der Wanderbewegung. Viele auf dem Land aufgewachsene junge Menschen - vor allem junge Ehepaare - ziehen nach der Stadt, hauptsächlich nach Wien. Es soll gar nicht bestritten werden, daß sie uns aus verschiedenen Gründen willkommen sind, aber ebenso unbestreitbar ist, daß sie den Wohnbedarf der jungen Generation beträchtlich vermehren.

Oder das Problem unserer alten Mitbürger, die in hochgelegenen Stockwerken wohnen oder aus Einsturzhäusern abgesiedelt werden müssen und mit ihrem Wohnort ein ganzes Leben lang verbunden sind.

Auf dem privaten Wohnungssektor hat sich nichts geändert, außer daß die Ablöseforderungen für eine Wohnung noch weiter gestiegen sind. Für diesen Bereich ist das Wohnungsproblem nach wie vor eine kommerzielle Angelegenheit.

Ich halte es daher für meine Pflicht, neuerlich eine gesetzliche Regelung auf dem Gebiete des Wohnungswesens dringendst zu fordern.

#### 5.371 Wohnungen vergeben

Nun zur Zuweisungstätigkeit. In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1964 wurden 5.371 Wohnungen an Bedürftige übergeben. Und zwar: 1.604 an Familien aus einsturzfährdeten oder wegen Assanierung freizumachenden Häusern und Obdachlose, 46 an Tbc gefährdete Familien, 1.697 an Familien aus überbelegten oder gesundheitsschädlichen Wohnungen, 134 an getrennt

./.

wohnende Ehepaare und 1.890 an Fälle wegen sozialen Notstandes und Mietrechtsübertragungen.

Die soziale Stellung der Wohnwerber: 446 Bundesangestellte, 465 Angestellte der Gemeinde Wien, 948 Pensionisten und Rentner, 2.225 Arbeiter in der Privatwirtschaft, 997 Angestellte in der Privatwirtschaft und 290 Freie Berufe und Selbständige.

Die Zahl der Wohnungssuchenden hat keine wesentliche Änderung erfahren, denn es mußten bis Ende November 1964 wieder 5.253 Fälle in Vormerkung genommen werden.

In der gleichen Zeit wurden 6.307 Fälle abgelehnt, weil bei ihnen die notwendigen Voraussetzungen für eine Vormerkung fehlten.

Beurteilt wurden die eingebrachten Anträge nach wie vor nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom Dezember 1956, in Verbindung mit der Verordnung der Wiener Landesregierung vom Dezember 1956. Wir halten an diesen Richtlinien fest, weil es einfach kein einwandfrei besseres Vormerkungssystem gibt.

Insgesamt standen am 30. November 1964 noch 29.745 wohnungssuchende Familien in Vormerkung.

#### Wohnhäuserverwaltung

Die Gruppe Wohnhäuser konnte in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November durch die Bautätigkeit der Stadt 4.851 Mietobjekte in ihre Verwaltung übernehmen, so daß mit Stichtag 30. November die Zahl der Mietobjekte, einschließlich der 70 Althäuser mit 463 Wohnungen, auf 157.667 angestiegen ist (150.174 Wohnungen und 7.493 Geschäftslokale).

Die Grünflächen, die Kinderspielplätze und Kinderspielgeräte, die Lifts und die maschinell eingerichteten Waschküchen sowie die 4.126 mit Zentralheizung versehenen Wohnungen bringen einen wesentlich höheren Verwaltungs- und Erhaltungsaufwand mit sich. Die Wohnhäuserverwaltung muß daher immer wieder verlangen, daß die Mieter die ihnen zur Verfügung gestellten Einrichtungen sorgfältig und schonend behandeln.

Für die Erhaltung unserer Wohnhausanlagen und ihrer Einrichtungen haben wir 90 Millionen Schilling vorgesehen.

Der nachträgliche Einbau von Aufzügen in schon bestehende, gemeindeeigene Wohnhäuser wird 1965 ebenso fortgesetzt, wie die

durch den stark angestiegenen Stromverbrauch notwendig gewordene Erneuerung der elektrischen Ring- und Steigleitungen.

Auch die Modernisierung der mit bereits etwas veralteten Waschmaschinen ausgestatteten Waschküchen wird weiter fortgesetzt werden.

Im gleichen Zeitraum wurden 627 Wohnungstauschansuchen eingereicht. Davon konnten 465 genehmigt, 162 mußten abgelehnt werden.

In der Regel werden solche Ansuchen nur dann abgelehnt, wenn durch den Tausch ein neuer Vormerkungsgrund wegen Überbelag entstehen würde, oder daß von den in die Gemeindewohnung Tauschenden Geld verlangt wird. Wobei wir gerechtfertigte Ablösen für Investitionen oder einen Übersiedlungsbeitrag anerkennen.

Im Jahre 1965 rechnet die Wohnhäuserverwaltung mit rund 313 Millionen Schilling Einnahmen. Die Ausgaben sind mit 373 Millionen Schilling veranschlagt. Das ergäbe einen Abgang von 60 Millionen Schilling. In den Ausgaben steckt aber auch die einprozentige Wertabschreibung, die für 1965 96 Millionen Schilling ausmacht.

#### Kleingärten

Bei der Gruppe Kleingarten- und Siedlungswesen darf ich berichten, daß wir im abgelaufenen Zeitraum Baurechte auf einer Bodenfläche von 110.137 Quadratmetern bestellt haben, so daß zur Zeit 5.564.812 Quadratmeter baurechtlich genützt werden.

Den Kleingärtnern stehen derzeit 5.971.000 Quadratmeter zur Verfügung, das sind um 37.593 Quadratmeter weniger als im Vorjahr. Die Bodenfläche mußte für Wohnhausanlagen und zum Teil auch für Verkehrsregelungen herangezogen werden.

Das Ernteland ist mit einer Bodenfläche von 593.800 Quadratmeter gegenüber dem Vorjahr fast unverändert geblieben.

#### Obdachlosenheime

Nun zu den Herbergen für Obdachlose: In den Herbergen für Obdachlose wurden vom 1. Jänner bis Ende November insgesamt 453.963 Nächtigungen gezählt. Die Zugänge und die Abgänge in den einzelnen Herbergen halten einander ungefähr die Waage.

In den Familienherbergen Gänsbachergasse und Kastanienallee gab es in diesem Zeitraum 214 Zugänge und 243 Abgänge. Derzeitiger Stand in der Gänsbachergasse 86 Familien, in der Kastanienallee 81 Familien.

Im Frauenheim in der Arsenalstraße 78 Zugänge und 66 Abgänge.

In der Herberge für Männer in der Meldemannstraße 499 Zugänge und 512 Abgänge. In der Männerherberge hatten mit Stichtag Ende November 527 Personen Unterkunft, davon ungefähr 200 Männer, die schon seit Jahren dort Stammgäste sind. Zur Weiterführung der bereits begonnenen Verbesserungen und Instandhaltung dieser Heime ist ein Betrag von 1,231.000 Schilling vorgesehen.

Im Lager Auhof bewohnen derzeit ungefähr 300 Familien 431 Objekte.

Zur Gänze werden wir die Obdachlosigkeit nie beseitigen können. Eine Großstadt ohne Obdachlosigkeit gibt es leider nicht. Unsere Aufgabe muß es sein, sie so gering wie möglich zu halten und unschuldig in Not geratene Menschen in hygienisch einwandfrei geführten Obdachlosenheimen unterbringen zu können.

Das Lager Auhof, in der größten Notzeit entstanden, muß, wenn auch langsam, wieder beseitigt werden. Die dort wohnenden Menschen müssen zum Teil in Wohnungen, zum Teil in anderen Heimen untergebracht werden. Auch deshalb, weil, wie wir hoffen, in Bälde dort die Autobahn-West Wiener Boden erreichen wird.

#### Amtshäuser

Die Amtshäuserverwaltung schließlich verwaltet mit dem Stand vom 30. November 138 gemeindeeigene Objekte, und zwar in Wien 88 Amtshäuser und 44 Häuser für verschiedene Zwecke, sowie außerhalb Wiens 6 Amtshäuser. Schloß Tribuswinkel, Emmersdorf a. d. Donau, Klamm-Schottwien, Unter-Oberndorf, Gaaden, alles Niederösterreich und Sulzbach bei Bad Ischl in Oberösterreich. Diese 6, außerhalb von Wien gelegenen Amtshäuser, sind Kindererholungsheime.

Wohnhäusererhaltung

Der Aufgabenkreis dieser Abteilung ist überaus vielseitig: Die Beseitigung jeglichen Gebrechens, die Vornahme des Sicherungsdienstes am Mietbestand und Objekt, die laufende Erhaltung, die periodisch wiederkehrende Instandsetzung der verschiedenen Baubestandteile sind wohl die wesentlichsten Arbeiten.

Darüber hinaus stehen im Arbeitsprogramm dieser Abteilung auch Adaptierungen, Umbauten bei Widmungsänderungen, die Sanierung denkmalgeschützter Wohnobjekte, die Sanierung der unzureichenden Versorgung mit elektrischer Energie, der Umbau von gewöhnlichen Waschküchen auf vollmechanisierte, der nachträglich Ein- oder Anbau von Personenaufzügen in Wohnbauanlagen, die Erhaltung und funktionelle Betriebssicherung der Waschmaschinen, Aufzüge, sonstiger maschineller Einrichtungen - mit Ausnahme der Zentralheizungsanlagen - der wohnhauseigenen Klär- und Sickeranlagen, die Freimachung städtischer Liegenschaften von alten, abbruchreifen Wohnobjekten, der nachträgliche Anschluß an neu errichtete öffentliche Kanäle und anderes mehr. Das alles sind Arbeiten am Objekt.

Arbeiten am Mietgegenstand selbst waren in der Zwischenkriegszeit sehr selten. Vielleicht insgesamt 200 jährlich für alle städtischen Anlagen.

Die Konjunktur am gesamten Bausektor führt leider auch zu Spannungen zwischen den Angehörigen der Erhaltungsabteilung und den beschäftigten Firmen und auch Mietern. Vielfach wird Unmut über die lange Dauer der Instandsetzung gestörter Waschmaschinen und Aufzüge laut. Zugegeben, es dauert heute lange, weil nur der Erzeuger des Fabrikats die Mängel beheben soll und diesem fehlen wieder die notwendigen Facharbeiter. Unter den vielen gemeldeten Schäden sind aber auch solche, die sich bei einer gewissen Aufmerksamkeit des Benützers dieser Gegenstände leicht hätten vermeiden lassen. Etwas mehr Rücksicht, die Schäden wären weniger und die Zeit zu deren Behebung automatisch kürzer."

Abschließend dankte der Referent für die gute Zusammenarbeit und für die Leistung seiner Mitarbeiter, die immer ihr Bestes im Interesse der Wohnungsuchenden geben.

## Musikveranstaltungen in der Woche vom 21. bis 27. Dezember

17. Dezember (RK)

Montag, 21. Dezember:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: ÖVP-Frauenbewegung: Weihnachtskonzert; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Karl Etti, Chorvereinigung "Jung Wien", Dirigent Leo Lehner (Gluck: Overture zu "Iphigenie in Aulis"; Brahms: Haydn-Variationen; Liadow: "Der verzauberte See"; Sibelius: "Finlandia"; A-cappella-Chöre)

Dienstag, 22. Dezember:

11.00 Uhr, Gr.F.H.Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Auf-führung des Tanzspiels "Das Waldfest"; Kindertanzkreis des Konservatoriums der Stadt Wien, Leitung Ilka Peter; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Karl Hudez (für Schüler der zweiten Klassen)

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Weihnachtskonzert der Zollwache Österreichs; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Hedi Klug (Sopran), Dirigent Dr. Wilhelm Schönherr (Werke aus Operetten)

Mittwoch, 23. Dezember:

19.30 Uhr, Radio Wien, Gr. Sendesaal: Österreichische Rundfunk - Radio Wien: 3. Konzert im Zyklus III; Chor und Orchester von Radio Wien, Ruth Hesse (Alt), Franz Wimmer (Bariton), Jean Claude Zehnder (Orgel), Dirigent Anton Heiller (Eric Satie/Poulenc: Deux Préludes posthume uns gnossienne; Francis Poulenc: Orgelkonzert; Darius Milhaud: Choralsymphonie "Pacem in terris")

- - -



Wichtiges Teilstück der Westeinfahrt fertiggestellt:Neue Spetterbrücke und Gablenzgasse dem Verkehr übergeben  
=====

17. Dezember (RK) Heute früh wurde die neuerrichtete Spetterbrücke, die im Zuge der Schnellstraße Flötzersteig-Wernhartstraße über die Verbindungsbahn zur Gablenzgasse führt, durch Bürgermeister Jonas dem Verkehr übergeben.

Der Ottakringer Bezirksvorsteher Ing. Hobl konnte neben dem Bürgermeister die Stadträte Heller und Schwaiger, Stadtbau- direktor Dipl.-Ing. Dr. Koller, Vertreter des Gemeinderates, der Bezirksvertretungen, des Stadtbauamtes und zahlreiche Ottakringer begrüßen. Er sagte, daß es ihm bereits schwerfalle, sich an das wenig erfreuliche Bild der alten Spetterbrücke zu erinnern, was ein Zeichen dafür ist, wie sehr sich das Bild von Ottakring durch die Leistungen der Wiener Stadtverwaltung verändert hat.

Stadtrat Heller betonte, daß durch den Neubau der Spetterbrücke jahrzehntelange Absichten der Stadtverwaltung verwirklicht worden sind. Als Bub habe er auf diesem Gelände in der sogenannten Polizeigrubn Fußball gespielt und damals hieß es schon: 'die Gablenzgassn wird grad gmacht'. Heute stellt diese Brücke einen Schlußpunkt für die neue Westeinfahrt von der Autobahn dar. Sie überquert vom Gutraterplatz den Frachtenbahnhof Ottakring der Vorortelinie, den Straßenzug Paltaufgasse-Kendlerstraße, überspannt mit zwei weiteren Brückenfeldern das tieferliegende Gelände zwischen dem Helfortplatz und der Autobusbetriebsgarage und führt mit einer von Stützmauern eingefassten Rampe in leichtem Bogen in die Gablenzgasse.

Die alte Brücke, die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts errichtet wurde, war 81 Meter lang und 14.20 Meter breit und hatte eine Fahrbahn von nur 8.20 Meter Breite. Sie wies bedeutende Zeitschäden auf und mußte daher für den Fahrzeugverkehr ab November 1961 gesperrt werden.

Der Gemeinderat hat am 3. Mai 1963 den Neubau der Spetterbrücke beschlossen. Der Baubeginn erfolgte im August 1963, die reine Bauzeit betrug 14 Monate.

Nach dem Terminplan war mit der Fertigstellung der Brücke Ende April 1965 zu rechnen. Es konnte die vorgesehene Bauzeit also um mehr als vier Monate unterschritten werden, obwohl während der strengen Wintermonate Jänner und Februar nicht gearbeitet werden konnte.

Die Gesamtlänge der neuen Brücke beträgt 125 Meter, ihre Breite 21,5 Meter. Sie weist eine 15 Meter breite Fahrbahn und zwei Gehwege von je drei Meter Breite auf, und wurde vollkommen neu auf Betonstreifenfundamenten gegründet.

Der Fahrbahnbelag ist zweischichtig und besteht aus einer 3,5 Zentimeter dicken Asphaltbinderschicht mit darüberliegendem 2,5 Zentimeter dicken sandpapierrauen Belag. Die Gehwege sind mit einem zwei Zentimeter dicken Gußasphalt versehen.

Gleichzeitig mit dem Brückenbau wurden auch die Stützmauern für die Rampe zur Gablenzgasse mit einer Gesamtlänge von 60 Meter und einer mittleren Höhe von vier Meter errichtet. Für die Fußgänger wurden als Verbindung von der Spetterbrücke zu dem Straßenzug Kendlerstraße-Paltaufgasse zwei Stiegenabgänge gebaut, die durch je fünf Leuchtstoffröhren beleuchtet sind. Unter den beiden östlichen Brückenfeldern ist ein Parkplatz für rund 50 Personenkraftwagen geschaffen worden. Beim Bau der Brücke ereigneten sich erfreulicherweise keinerlei Unfälle von Bedeutung, was wir wie immer mit besonderer Genugtuung feststellen.

Die Baukosten betragen rund elf Millionen Schilling.

Im Zusammenhang mit dem Neubau der Spetterbrücke wurden die Anschlußrampen bis zur Pfenninggeldgasse mit einer Fahrbahnbreite von 15 Meter und zwei Gehsteigen von 300 Meter Länge sowie der Anschluß an die Hüttengasse hergestellt. Um die Rampe von der Pfenninggeldgasse in gerader Fortsetzung zur Gablenzgasse ausbauen zu können, war es notwendig, einen Teil des Helfortplatzes und andere Grundstücke zu erwerben. Die Kosten für die Grundfreimachung einschließlich der Absiedlung einer Firma betragen 3,2 Millionen Schilling.

Die Gablenzgasse, die vom Gürtel bis zur Possingergasse eine zwölf Meter breite Fahrbahn aufweist, hatte in dem Teilstück von der Possingergasse bis zur Pfenninggeldgasse nur eine acht Meter breite Fahrbahn und einen vier Meter breiten Grünstreifen, in dem sich die Versorgungsleitungen der Gaswerke und die Telefonkabel befanden. Durch die Schnellstraße Flötzersteig und die neue Spetterbrücke war jedoch eine so starke Zunahme des Verkehrs zu erwarten, daß sich die Straßenbauabteilung entschlossen hat, nach Sanierung der Gasrohre und Verlegung des Telefonkabels in den Gehsteig, die Fahrbahn der Gablenzgasse von der Possingergasse bis zur Pfenninggeldgasse ebenfalls auf zwölf Meter zu verbreitern.

Die Länge der Ausbaustrecke beträgt 370 Meter, von denen 270 Meter in Kleinsteinpflaster mit einer Fahrbahnbreite von zwölf Meter und 100 Meter als Asphaltbetondecke mit einer Fahrbahnbreite von 15 Meter angelegt wurden. Die Fläche der Neu- und Umpflasterungen beträgt 4.600 Quadratmeter. Die Gesamtkosten für dieses Bauvorhaben betragen inclusive der Grundfreimachungskosten 6,950.000 Schilling.

#### "Glück auf für die Zukunft Ottakrings"

Bürgermeister Jonas verwies in seiner Eröffnungsansprache auf die hohen Kosten dieses Projektes. Er wolle damit der Wiener Bevölkerung deutlich machen, was es heißt, den Verkehr zu sanieren. Immer wieder werde gesagt, daß für die Autofahrer so viel, für die Fußgänger dagegen nichts geschehe. Dabei hat man immer die Sonntagsfahrer im Auge, die zu ihrem Vergnügen hinausfahren. Dies ist jedoch nicht die einzig mögliche Betrachtungsweise. Das Kraftfahrzeug spielt vor allem für unser Wirtschaftsleben eine immer größere Rolle. In Wien wird heute doppelt so viel produziert wie vor dem Krieg, weshalb auch das Problem des Transportes der Wirtschaftsgüter eine immer größere Rolle spielt.

Bei dieser neuen Brücke handelt es sich um ein Gelenkstück für die Einfahrt von und die Zufahrt zur Westautobahn. Es war darum eine gute Idee, das Gelände rund um diese Brücke so schön zu gestalten, daß es dem, der in die Stadt kommt, ein freundliches Bild darbietet.

Bürgermeister Jonas gedachte an dieser Stelle des kürzlich nach 20jähriger Tätigkeit aus dem Amt geschiedenen Ottakringer Bezirksvorstehers Scholz, der sich um das Zustandekommen der neuen Brücke sehr bemüht habe.

Auch für die Polizei möge das Bauwerk eine Erleichterung schaffen, die hoffentlich dadurch weniger Unfallmeldungen zu erstatten haben wird. Abschließend dankte Bürgermeister Jonas den Baufirmen und den Mitarbeitern des Stadtbauamtes dafür, daß die Bauzeit der Brücke um vier Monate kürzer geworden ist als vorgesehen und wünschte "Glückauf für die Zukunft Ottakrings".

Anschließend durchschnitt Bürgermeister Jonas das rot-weiße Band in der Mitte der Brücke und räumte die Straßensperren der Gablenzgasse beiseite, um durch diesen symbolischen Akt dieses wichtige Teilstück der Wiener Westeinfahrt dem Verkehr zu übergeben.

Rumänische Baufachleute in Wien  
=====

17. Dezember (RK) Heute vormittag besuchte der rumänische Botschafter in Wien, Mircea Ocheana, in Begleitung einer Delegation rumänischer Baufachleute Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus. Der Botschafter stellte dem Bürgermeister die sechs Mitglieder der Delegation vor, die sich gegenwärtig auf einer Besichtigungsreise in Wien aufhalten. Bürgermeister Jonas hieß die Gäste herzlich willkommen und unterhielt sich mit ihnen in einem längeren Gespräch über kommunale Baufragen. Die Delegationsmitglieder, die bereits zahlreiche Bauten in Wien besichtigt haben, zeigten sich vor allem von unseren Verkehrsbauten und besonders von den Fußgängerpassagen am Ring sehr beeindruckt. Die Delegation wird morgen Wien verlassen.

- - -

Erster Bauabschnitt der Erzherzog Karl-Straße ist fertig  
=====

17. Dezember (RK) Der von der Wagramer Straße bis zur Industriestraße reichende erste Bauabschnitt der Erzherzog Karl-Straße ist fertig. Die Straße mit ihren beiden voneinander getrennten Richtungsfahrbahnen kann ab morgen Freitag benützt werden.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Debatte über die Geschäftsgruppe Öffentliche Einrichtungen

Als erster Redner bezeichnet GR. Maller (KLS) die Aufgaben dieser Geschäftsgruppe als lebenswichtig für die Bevölkerung. Sie würden freilich als Selbstverständlichkeiten aufgefaßt und man spreche nur davon, wenn etwas nicht funktioniere. Der Redner lobt die Magistratsabteilung der städtischen Wäschereien, die ihren Aufgaben voll gerecht werde.

GR. Maller kritisiert, daß die Abfallkörbe in Wien immer weniger würden. 1962 seien es laut Rechnungsabschluß 6.702, 1963: 5.730 gewesen, nach Mitteilung im gestrigen Gemeinderatsausschuß VIII gäbe es jetzt nur mehr 5.200 Abfallkörbe. Dieser Rückgang werde mit Personalmangel begründet. Man sollte jedoch Mittel und Wege finden, um hier mehr für die Reinhaltung unserer Straßen zu tun.

Wien trage den Beinamen einer Bäderstadt. Was die Zahl der Besucher betrifft, sei diese Bezeichnung berechtigt. Die Besucherzahlen steigen von Jahr zu Jahr, es steigen aber auch die Bäderpreise. Die Sommerbäder leiden auch unter Überfüllung. Wien habe 1,7 Millionen Einwohner, die städtischen Bäder fassen zusammen nur 60.000 Personen. Nach 1945 sei ein einziges Bad neu gebaut worden, das sehr schöne Laaer Berg-Bad. Dies könne aber nicht ersetzen, was der Bevölkerung an Bäderplätzen durch den Ausfall des Eden-Bades, des Waldbades Purkersdorf, des Hietzinger Bades oder des Rohrer-Bades entzogen worden ist.

Der Plan einer Donauinsel sei allzu ferne Zukunftsmusik.

Seit 1934 kenne man in Ober Laa eine schwefelhaltige Thermalquelle. Mit ihrer Nützung habe sich eine Anfrage der KLS-Fraktion vom September 1963 befaßt. Darauf sei geantwortet worden, daß man das Projekt prüfe. Es sei zu hoffen, daß der neue Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe diese Anregung aufgreifen werde. Immerhin seien im Budget 1,5 Millionen Schilling für Probebohrungen vorgesehen.

Ein KLS-Antrag vom 10. März 1961 habe die Errichtung einer Sauna im Volksbad Stadlau, das unter starkem Frequenzrückgang leide, betroffen. Auch dieser wohlfundierte Antrag habe noch keinen Erfolg gezeitigt.

Der Redner kritisiert, daß in der Angelegenheit des Diana-bades nichts weitergehe und in dieser Sache nicht mit offenen Karten gespielt werde. Da gesagt worden ist, daß es sich um eine Frage der Grundstücksbeschaffung handle, fordere er Stadtrat Sigmund auf, bei der Behandlung seiner Geschäftsgruppe dazu Stellung zu nehmen.

Als nach wie vor ungelöst bezeichnet der Redner das Problem der Wasserversorgung. Nach dem Bericht des Kontrollamtes stieg der Wasserverbrauch in Wien zwischen 1952 und 1963 um 39,6 Millionen Kubikmeter. Der Bedarf der Haushalte stieg in diesem Zeitraum um 18 Prozent, der des Gewerbes und der Industrie um 51 Prozent und der Verbrauch der Hoheitsverwaltung um 11 Prozent. Es müssen daher alle für die zusätzliche Bereitstellung von gutem Wasser bestehenden Projekte ehestens verwirklicht werden. Unter dieser Voraussetzung stimme die KLS-Fraktion den Ansätzen zu.

Auch GR. Peter (FPÖ) beschäftigt sich mit der Wasserversorgung und stellt fest, daß alle nur erdenklichen Vorkehrungen getroffen werden müssen, um Versorgungsschwierigkeiten zu vermindern. Heuer waren uns die Naturgewalten günstig gesinnt und es blieben uns Sparmaßnahmen erspart. Der Redner stellt fest, daß ein von ihm seinerzeit gemachter Vorschlag auf Errichtung von Nutzwasserleitungen von der Presse falsch verstanden und dementsprechend falsch kommentiert wurde. Er habe nicht vorgeschlagen, ganz Wien mit einer Nutzwasserleitung auszustatten, was selbstverständlich unmöglich sei, sondern lediglich angeregt, bei der Aufschließung neuer Gebiete, vor allem neuer Industriegebiete, einen zweiten Rohrstrang, und zwar für Nutzwasser, zu verlegen.

Zur Chlorierung des Trinkwassers: Daß bereits durch den geringsten Chlorzusatz eine Qualitäts- und Geschmacksverminderung eintritt, ist eine bekannte Tatsache. Es wird aber immer wieder von Ärzten, Chemikern und anderen Fachleuten darauf hingewiesen, daß durch die Chlorierung auch gesundheitliche Schäden für die Bevölkerung erwachsen können. So wurde zum Beispiel darauf verwiesen, daß der zum Abdichten verwendete Teer sich mit dem Chlor zu Phenol verbinden, und sich dieses Phenol auf die Dauer für den menschlichen Körper als schädlich erweisen könnte. Eine Aufgabe des Chlors ist es, Bakterien zu töten. Es wäre auf die Dauer gesehen jedoch

auch durchaus möglich, daß damit auch die für den menschlichen Körper wichtigen Bakterien getötet werden. Es wird auch für möglich gehalten, daß mit Wasser eingenommene Medikamente mehr oder weniger in ihrer Zusammensetzung und Wirkung durch das Chlor beeinflusst werden.

Der Redner ersucht, alle diesbezüglichen Gutachten und Meinungen untersuchen zu lassen, denn die Stadtverwaltung hätte die Verpflichtung, jede Gefährdung durch die Chlorierung auszuschließen. Im übrigen erfolgte die Chlorierung des Wiener Wassers erst auf einen Auftrag der Besatzungsmächte. Die meisten Städte sind davon bereits wieder abgegangen, mit Ausnahme von Wien und Linz ohne Urfahr. Überdies werde das Wiener Wasser erst im Behälter Rosenhügel chloriert, also alle Gemeinden, die schon vorher Wasser aus unseren Leitungen entnehmen, beziehen es ebenfalls unchloriert und haben noch keinen gesundheitlichen Schaden davongetragen.

Vorteilhafter als die Chlorierung bezeichnet der Redner eine Ozonisierung des Wassers, wie es Salzburg bereits macht. Bei der Ozonisierung wird das Wasser innerhalb von 30 bis 60 Sekunden keimfrei, während die Entkeimung bei der Chlorierung vier bis sechs Stunden dauert und außerdem noch die aufgezeigten Nebenwirkungen verursacht. Die Wasserkosten bei dieser Ozonisierung würden sich alles inbegriffen, auch die Amortisation, auf 10,4 Groschen je Kubikmeter belaufen.

Den Frequenzrückgang bei den städtischen Bädern bezeichnet GR. Peter als Anlaß zur Freude, weil er zeige, daß es in den Wohnungen doch schon mehr Badezimmer gibt als früher. Zur Frage der Kinderfreibäder wiederhole er "bereits zum dritten oder vierten Mal" seinen Vorschlag, in dicht verbauten Gebieten, wo Kinderbäder wegen Platzmangels nicht errichtet werden können, probeweise Dachgärten für diesen Zweck herzurichten und dort Planschbecken für Kinder einzubauen. In anderen Städten gäbe es so etwas schon, und man sollte es in Wien wenigstens einmal probieren.

Als eine der größten Schwierigkeiten für die Stadtreinigung bezeichnet GR. Peter den ruhenden Verkehr. Man müsse sich daher den Kopf zerbrechen, was man gegen den ruhenden Verkehr vor allem in der Inneren Stadt unternehmen könnte. Verbote würden einmal nicht mehr zu umgehen sein.

Es nütze gar nichts, wenn man ~~an~~ die Dauerparker immer noch appelliere, ihre Wagen nicht den ganzen Tag über in der Stadt zu parken. Dies sei in erster Linie auch vom Standpunkt der Stadtreinigung aus ein unhaltbarer Zustand. Es werde die Zeit kommen, da man hier zu rigorosen Maßnahmen, ja sogar zu Zwangsmaßnahmen greifen werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Müllverbrennung zitiert der Redner einen Zeitungsartikel, der unter dem Titel "Zu wenig Müll, zu wenig Wärme" die projektierte zweite Müllverbrennungsanlage im 9. Bezirk als Fehlplanung bezeichnete. Er stellt dazu die Frage, ob es sich tatsächlich so verhalte, wie es im Artikel geschildert werde, und warum man nicht berichtigt habe, wenn der Artikel falsch war.

Solange Wiens Wasserversorgung noch nicht endgültig sichergestellt sei, könne die FPÖ-Fraktion den Ansätzen nicht ihre Zustimmung geben.

GR. DDr. Strunz (ÖVP) stellt als nächster Debattenredner fest, die Lage des Grundwasserwerkes Lobau sei leider so, daß man nur mit uferfiltriertem Wasser rechnen könne. Bei Uferfiltraten aber sei es notwendig, das Wasser besonders sorgfältig vor Verunreinigungen zu schützen. Abgesehen von bakteriologischen Verunreinigungen müsse dabei auch mit der Gefahr der Verunreinigung durch Mineralöle und Phenole gerechnet werden. Die umliegenden Kanalanlagen müßten also besonders gut von Phenolen und Mineralölen gesäubert werden. Im übrigen gebe es jetzt ein neues Mittel, mit dem es möglich sei, Öl aus ölverseuchten Gewässern zu entfernen. Gegen eine Phenolverseuchung des Trinkwassers gebe es außerdem bessere Zusätze als das Desinfektionsmittel Chlor, das den Geschmack des Wassers bei Phenolverunreinigungen nur noch verschlechtert und das Trinkwasser vollkommen ungenießbar macht.

Beim Ausbau der Grundwasserwerke und der Sieben Quellen des Karlgrabens gebe es ja die Möglichkeit, Schutzgebiete einzuplanen. Die Vorarbeiten dafür seien bereits getroffen.

Zur Planung und Fertigstellung der dritten Trinkwasserleitung spricht der Redner von Schwierigkeiten hydrogeologischer Art in den Brunnengebieten von Moosbrunn und Ebreichsdorf.

Zur ersten Hochquellenleitung: Leider ist seit 1945 die Qualität des Hochquellenwassers stark zurückgegangen.



Wir müssen mit einer Verschmutzung im Rax- und Schneeberggebiet durch ein halbes Kilo menschlicher und 40 Kilo tierischer Fäkalien rechnen. Der Redner verweist darauf, daß in den USA mehrere Epidemien von ansteckender Leberentzündung auch durch starke Chlorung nicht aufzuhalten waren. Er tritt daher für eine Verbesserung der Desinfektion ein. Chlor genügt nicht!

Auch bei den Grundwasservorkommen, die auf dem Gebiet der Eisfabriken erschlossen werden sollen, müssen besonders strenge Maßstäbe angelegt werden, weil sich das Territorium im voll verbauten Gebiet befindet.

Dr. Strunz macht auf die Tiefenwässer aufmerksam, die in 200 bis 250 Meter Tiefe fließen. Die Stadtverwaltung sollte sich diese sichern. Täglich 15.000 Kubikmeter Wasser könnten daraus gewonnen werden.

Zur Gewässerreinigung haben wir in Wien noch nichts getan, doch wird schon davon gesprochen, daß eine Kläranlage gebaut werden muß. Der Redner glaubt, daß eine mechanische Anlage genügt, doch beim Bau einer Staustufe wäre es notwendig, das Wasser vollbiologisch zu reinigen.

Abschließend erklärt der Redner, es sei erfreulich, daß die Finanzierung der Wasserversorgung Wiens gut funktioniert hat. Er hoffe, daß in Zukunft der Gewässerschutz genau so behandelt wird.

GR. Dr. Ebert (OVP) spricht über Probleme der Stadtreinigung. Die Schwierigkeiten zur Sauberhaltung der Straßen werden immer größer. Der Redner macht den Vorschlag, eine Reinigungsmethode auszuprobieren, wie sie in Paris gehandhabt wird, nämlich Wasserausmündungen am Straßenrand vorzusehen und mit dem fließenden Wasser den Schmutz wegzuspülen.

Dr. Ebert lobt die gute Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Privatfuhrwerkunternehmern im Winter. Auch der Einsatz von Militär war ein guter Erfolg.

Stimmt es, fragt der Redner, daß wir nur zwei Schneefräsen in Wien haben?

Zur Müllabfuhr: es freue ihn, daß nun doch geräuscharme Müllgefäße verwendet werden. Am Stadtrand sollte man Papiersäcke statt der Kübel verwenden.

Die Kanäle in Wien sind veraltet, Besonders durch die Ziegelkanäle wird die Rattenplage gefördert, Wien hat mehr Ratten als Einwohner, man müsse daher schnellstens etwas unternehmen. ./.

Der Redner verweist auch auf die Bedeutung der Privatsommerbäder und stellt den Antrag, für die Privatbäder eine Kreditaktion zu schaffen, damit die notwendigen Investitionen vorgenommen werden können.

Ein wenig erfreuliches Kapitel sind die Biomüll-Anlage und die Müllschüttung im Wald- und Wiesengürtel des 10. Bezirkes. Der Redner schildert die "autoritäre Art", in der hier seitens der Gemeinde Wien offenbar in der Erwartung vorgegangen wurde, daß sich die dort wohnenden Siedler den Anordnungen beugen werden oder ihnen, falls sie den Beschwerdeweg gehen sollten, das Geld ausgehen werde. Der Verwaltungsgerichtshof hat nun in einem zweiten Bescheid die Baubewilligung aufgehoben und man steht vor der Kalamität, die Anlage abreißen zu müssen. Der zuständige Stadtrat möge sagen, was er zur ehesten Befolgung des Verwaltungsgerichtshoferkenntnisses zu tun gedenkt, und in welcher Weise diese Angelegenheit saniert werden soll. Solche Probleme kann man nicht allein im Amtston erledigen. Hätte man von vornherein die Anrainer zur ersten Bauverhandlung eingeladen - ein solches Recht steht ihnen nach dem Gesetz zu -, dann wäre es sicherlich nie zu diesen Schwierigkeiten gekommen. Mehr Herz, mehr Vernunft und mehr Einfühlungsvermögen gegenüber den Wienern wäre hier sicherlich am Platz gewesen.

Abschließend erklärt Dr. Ebert, daß die ÖVP-Fraktion der in Verhandlung stehenden Verwaltungsgruppe die Zustimmung geben wird.

GR. Ing. Hofmann (SPO) spricht zunächst Stadtrat Koci den Dank für seine Tätigkeit aus. Er verweist darauf, daß die beiden für die Kanalisation und die Wasserwerke zuständigen Magistratsabteilungen sich mit Problemen zu befassen haben, die einer wesentlich längeren Vorbereitungszeit bedürfen, als das bei den übrigen Bauarbeiten der Fall ist. Die Kritik, die heute immer wieder an der mangelnden Wasserversorgung geübt wird, richte sich daher letzten Endes gegen jene, die vor 20 und 30 Jahren schlecht gearbeitet haben oder aus den Umständen der Zeit heraus nicht anders handeln konnten. Genauso müsse man aber die Aufgabe heute darin sehen, die Vorkehrungen so zu treffen, daß in 20 bis 30 Jahren die verschiedenen Engpässe, die derzeit da und dort zu verzeichnen sind, beseitigt sein werden.

Dem Wiener Gemeinderat kommt dabei die Verpflichtung zu, die Voraussetzungen für die Arbeit der Fachleute zu schaffen. Hinsichtlich der Wasserversorgung wird man sich in erster Linie um ein größeres Entgegenkommen seitens des Landes Niederösterreich bemühen und für die Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel Sorge tragen müssen.

Eine heute einberufene Pressekonferenz des Grundstückbesitzers, der am Bisamberg ein Hotel bauen will, läßt das Problem der Erhaltung der Grünflächen im Umland von Wien besonders aktuell erscheinen. Leider haben diesbezügliche Verhandlungen mit Niederösterreich kein Ergebnis gezeitigt. Es ist nicht damit getan, daß das Land Niederösterreich den größten und schönsten Weihnachtsbaum für Wien stiftet und dabei schöne Reden gehalten werden. Vielmehr geht es um echte Ausgleichsverhandlungen. Dem Bisamberg droht eine Verbauung. Hier sollte die Gemeinschaft der rot-weißen "Mascherlträger" eine Lösung suchen. Die Floridsdorfer jedenfalls werden sich zu wehren wissen. Sollte der Bisamberg wirklich verbaut werden, wird man im Stadtgebiet Ersatz-Grünland suchen, das nach Möglichkeit von dem selben Grundbesitzer abgetreten werden sollte, der den Bisamberg verbaut. Wie verlautet, ist dieser Grundbesitzer aber auch heute noch durchaus zu Verhandlungen bereit. Die Stadtverwaltung wird gebeten, in den morgigen Besprechungen mit den Vertretern des Landes Niederösterreich alles zu tun, um zu einem für die Wiener Bevölkerung günstigen Ergebnis zu gelangen.

Zum Problem der Finanzierung macht GR. Hofmann die Anregung, die Anliegerleistungen schon zum Zeitpunkt der Grundaufschließung als Vorauszahlungen zu verlangen. Auch könnte eine sorgfältige Abstimmung von Grundeinkäufen und Grundaufschließungen zu Ersparnissen bei den Bodenpreisen führen.

In der Wasserversorgung hat Wien gegenwärtig eine Ruhepause. Da man jedoch mit einer durchschnittlichen jährlichen Verbrauchszunahme von drei Prozent rechnen muß, und wir ja auch Jahrzehnte vorausplanen müssen, ist heute schon praktisch für eine Verdoppelung des Wasserverbrauches vorzusorgen. Glücklicherweise ist die Anschauung bald verstummt, daß man die Ausstattungen der Wohnungen nach dem Gesichtspunkt des Wasserverbrauches vornehmen sollte. Denn ins Gewicht fällt ja vor allem der Wasserverbrauch der Betriebe. Die Haushalte folgen erst in weitem Abstand.

Im Floridsdorfer Wasserpark leben bereits etwas zu viele Wasservögel, die zur Wasserverschmutzung beitragen.

Die Errichtung der Schnellbahnstation "Strandbäder" führte zu einer Frequenzsteigerung des Angelibades. Ein Ausbau dieses Sommerbades sollte daher erwogen werden.

Beim städtischen Fuhrpark wird man neue Wege zu suchen haben, da man die Rezepte anderer Städte nicht einfach übernehmen kann. Es ist wichtig, einen einheitlichen, vereinfachten Gerätepark aufzubauen und eine Monopolstellung einzelner Lieferfirmen zu verhindern.

Die Wäschereien liefern zwar keine Schlagzeilen, was aber eher ein Beweis für deren einwandfreie Leistungen ist. In der neuen Zentralwäscherei wurden angenehmere und schönere Arbeitsplätze für die Mitarbeiter geschaffen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Ansätze der Geschäftsgruppe VIII einen weiteren Schritt in dem Bestreben darstellen, Wien bis an den Stadtrand zu einer wahrhaft wohnlichen Stadt zu machen. Die SPÖ-Fraktion wird ihnen daher ihre Zustimmung erteilen.

Stadtrat Koci geht in seinem Schlußwort zuerst auf die Frage der Trinkwasserversorgung ein: Für die Chlorierung des Wassers sind in erster Linie die Gesundheitsbehörden zuständig. Zum Problem einer Ozonierungsanlage kann man nicht auf das Beispiel Salzburg mit einer Wasseraufbringung von 30.000 Kubikmetern verweisen. Damit kann man die 460.000 bis mehr als 500.000 Kubikmeter Wasser, die in Wien pro Tag verbraucht werden, nicht vergleichen. Jedenfalls hat die Stadt Hamburg keine Ozonierungsanlage bauen können, weil die betreffende Firma sich außerstande sah, mit den derzeitigen technischen Mitteln eine Anlage für eine so große Wassermenge zu erstellen. Das Geld ist also in dieser Frage gar nicht das Entscheidende, sondern würde von der Stadt Wien sicher aufgebracht werden, wenn die technischen Voraussetzungen gegeben wären.

Die Verantwortung für ein einwandfreies Trinkwasser muß letztlich von den Hygienikern und medizinischen Fachleuten getragen werden. Ihre Meinung ist, daß von einer Chlorierung derzeit nicht abgegangen werden kann. Übrigens hat auch die Niederösterreichische Landesregierung alle Gemeinden, die derzeit ein nicht desinfiziertes Wasser abgeben, angewiesen, ihr Trinkwasser auf diese oder jene Art zu desinfizieren.

Zur Gefahr der Phenolbildung durch eine Verbindung von Chlor mit Teerdichtungen des Wasserleitungsnetzes ist zu sagen, daß die städtischen Wasserwerke keinerlei Teerdichtungen verwenden. In Wien steht als Dichtungsmaterial nur mit Leinöl getränkter Hanf in Gebrauch. Bei neueren Leitungen werden Gummidichtungen verwendet, die von außen mit Blei verstemmt werden.

Zur Frage der Bäderpreise wird GR. Maller sicher bekannt sein, daß nach der Preisregelung von 1951 13 Jahre lang keine Nachziehung der Preise erfolgte. Wenn also am 1. Jänner 1964 nach 13 Jahren die sehr notwendige Regulierung der Bäderpreise erfolgte, kann nicht von ihrem ständigen Steigen gesprochen werden. Es waren ja gerade die niederen Tarife der städtischen Bäder, die die Privatbäder in Schwierigkeiten gebracht haben.

Stadtrat Koci empfiehlt dem Gemeinderat, den Antrag der GR. Dr. Ebert und Dr. Weninger dem Gemeinderatsausschuß II zu überweisen.

Zum Thema Thermalquellen in Ober-Laa: Diese Quellen wurden vor etlichen Jahren bei Bohrungen nach Erdöl entdeckt, dann aber wieder zugeschüttet. Die Grundstücke befanden sich damals in privaten Besitz und es ist der Gemeinde erst vor kurzem gelungen, die Gründe zu kaufen und für sie das Wasserrecht zu erhalten. Wie bei der Geschäftsgruppe VI bereits mitgeteilt wurde, stehen für das kommende Jahr 1,5 Millionen Schilling für Versuchsbohrungen zur Verfügung. Im Interesse der Wiener Bevölkerung ist zu hoffen, daß diese Bohrungen erfolgreich sind, damit man die Volkskrankheit Rheuma auch auf Wiener Gebiet durch Errichtung einer Kuranstalt bekämpfen kann.

Zur Errichtung einer Sauna auf dem Genochplatz: Alle Gemeinderäte werden wissen, wie groß der Verschleiß gerade bei den Bädern ist und welche hohen Beträge für ihre Instandsetzung, Erneuerung und Modernisierung ständig aufgewendet werden müssen. Auch die großen Bauvorhaben, Theresienbad und Floridsdorfer Bad, erfordern große Mittel, sodaß man auf die Verwirklichung kleiner Vorhaben im Augenblick verzichten muß.

Zur Errichtung von Dachkinderfreibädern: Derartige Bäder könnten nur eine Größe haben, die für 20 bis 30 Kinder ausreichen würde, müßten aber über den selben Personalstand verfügen wie Kinderfreibäder mit einer Größe für 500 Kinder. Trotzdem wird sich in Zukunft auch hier ein Weg finden lassen können.

Bemängelt wurde, daß die Magistratsabteilung 48 nur über zwei Schneefräsen verfügt. Derartige Geräte können infolge des dichten Verkehrs nur mehr in den Außenbezirken eingesetzt werden. Wie es sich in den vergangenen Jahren herausgestellt hat, wurden sie auch nur ganz selten beansprucht. Es erweist sich daher als zweckmäßiger, bei den wenigen wirklich: starken Schneefällen die private Bauwirtschaft mit ihren Maschinen und ihrem Personal für die Schneebeseitigung einzusetzen.

Zu den Müllverbrennungsanlagen: Man war sich bereits bei der Errichtung der Anlage am Flötzersteig bewußt, daß bei krassen Temperaturen die gelieferte Wärme nicht für alle Anstalten ausreichen wird und hat daher im Psychiatrischen Krankenhaus entsprechende Hochdruckkessel eingebaut, die jederzeit zusätzlich verwendet werden können. Bei dieser ersten Müllverbrennungsanlage hat man auch alle Erfahrungen gesammelt, die man für die Errichtung von weiteren Anlagen braucht. Für die Versorgung des neuen Allgemeinen Krankenhauses mit Wärme wird also nicht nur die Errichtung einer zweiten Müllverbrennungsanlage geplant, sondern auch die Errichtung eines Fernheizwerkes.

Zum Dianabad: Das Grundstück ist nicht im Besitz der Stadt Wien und die Verhandlungen mit den Eigentümern sind leider schon einige Male gescheitert. Die Gemeinde macht seit Jahren die größten Anstrengungen, hier zu einem Verhandlungsabschluß zu kommen. Natürlich kann sie aber nicht unter allen Umständen abschließen, da es nicht gleichgültig ist ob man etliche Millionen mehr oder weniger aus Steuergeldern ausgeben muß.

Bei der Firma Biomull handelt es sich um einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb, an dem die Stadt Wien zwar beteiligt, jedoch nicht für ihn verantwortlich ist. Man muß das Gebiet in dem sich dieser Betrieb befindet jedoch kennen, um darüber reden zu können. Es waren dort früher Ziegeleien, in deren Ruinen Menschen wohnten, die mit Hilfe der Gemeinde abgesiedelt wurden. Die Gemeinde Wien hat dieses Gebiet, die sogenannte Löwy-Grube aufgekauft, um dort eine Planierung vorzunehmen und eine Müllschüttung zu ermöglichen. Man war damals noch nicht so weit, eine Müllverbrennungsanlage errichten zu können, und so kam es zur Errichtung des Betriebes, der heute unter dem Namen Biomull bekannt ist. Das anschließende Gebiet war früher gleichfalls eine Gstetten

und die Gründe daher sehr billig, so daß die Menschen dort zu Bauen begonnen haben. Aber bereits damals haben die Löwy-Gründe der Gemeinde Wien gehört und waren für die Mistablagung bestimmt. Es ist schließlich in einer Großstadt nicht so einfach, den anfallenden Mist zu beseitigen. Für die Errichtung der Firma Biomull wurde die Gewerbebegenehmigung erteilt und das war die Voraussetzung für die Errichtung der umstrittenen Anlage. Auch die Baubehörde hat die Bewilligung gegeben. Daß die Anrainer von der Bezirksvorstehung und von ihm selbst nicht angehört wurden, sei unrichtig. Man hat versucht, den Menschen begreiflich zu machen, worum es hier geht. Um Belästigungen der Anrainer zu vermeiden hat man alle nur möglichen Vorkehrungen getroffen. Natürlich fliegen bei starkem Wind einzelne Papierfetzen durch die Luft. Die Vorschrift, daß die Anrainer Müllgefäße verwenden müssen, war gleichfalls keine Schikane. Es zeigt sich immer wieder, daß in Siedlungsgebieten ohne Müllgefäße die Siedler nachts auf Wägelchen ihren Mist irgendwohin führen. Die Obmänner des Siedlungsvereines hatten daher für die Wünsche der Stadtverwaltung Verständnis und haben die Aufstellung der Müllgefäße zur Kenntnis genommen.

Abschließend ersucht der Redner um Annahme der Ansätze der Geschäftsgruppe VIII.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 8. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Der Antrag der GR. Dr. Ebert und Dr. Weninger, betreffend begünstigte Kreditgewährung für Wiener Privatbäder wird auf Empfehlung des Referenten einstimmig zur weiteren Behandlung dem Gemeinderatsausschuß II zugewiesen.

#### Abschiedsapplaus für Stadtrat Koci

Stadtrat Koci verläßt unter lang anhaltendem, lebhaften allgemeinem Beifall das Rednerpult. In seiner Bank angekommen, erklärt er: "Ihr überrascht mich, so freundlich ward ihr noch nie zu mir!"

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Wien hat wieder einen Hundertjährigen mehr  
=====

17. Dezember (RK) Mit dem heutigen Tag gesellt sich wieder einer unserer Mitbürger in den illustren Kreis der Hunderjährigen Wiens, in dem er noch dazu das in der Minderheit befindliche "männliche Element" verstärken wird. Es ist dies Herr Ernest Hanke, der heute in seiner Wohnung im 3. Bezirk, Khunngasse 14, in geistiger und körperlicher Frische seinen 100. Geburtstag feiert. Stadtrat Maria Jacobi gratulierte ihm im Namen des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung und überreichte ihm einen großen Blumenstrauß und die Ehrengaben der Stadt Wien. Die Glückwünsche der Bewohner des 3. Bezirkes überbrachte Bezirksvorsteher Seitler.

Herr Hanke ist wie alle echten Wiener in der Tschechoslowakei (Klein-Mohrau) geboren, lebt aber bereits seit dem Jahr 1896 in Wien. Sein Beruf war Schneidermeister. Er ist seit dem Jahr 1914 verheiratet. Seinen Ehrentag feiert er im Kreis seiner Nachkommenschaft: zwei Enkelkinder, zwei Urenkel und ein Ururenkel; von seinen drei Kindern ist leider nur mehr eines am Leben.

- - -

Teilweise früherer Ladenschluß am 24. und 31. Dezember  
=====

17. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat in seiner Eigenschaft als Wiener Landeshauptmann für einige Geschäftszweige den Ladenschluß am 24. und 31. Dezember um eine Stunde vorverlegt. Folgende Ladenzeiten gelten:

24. Dezember 1964: Verkaufsstellen für Lebensmittel 15 Uhr, für andere Waren als Lebensmittel 15 Uhr, für Süßwaren und Naturblumen 17 Uhr und für Christbäume 20 Uhr.

31. Dezember 1964: Verkaufsstellen für Lebensmittel 17 Uhr, für andere Waren als Lebensmittel 16 Uhr, für Süßwaren 19 Uhr und für Naturblumen und Silvesterartikel 20 Uhr.

- - -



Ein Stück Lastenstraße für den Verkehr freigegeben  
=====

17. Dezember (RK) Erst gestern konnten wir melden, daß auf der Zweierlinie die Kreuzung bei der Stadiongasse für den Verkehr stadtein- und stadtauswärts freigegeben wurde. Nun erhalten wir die Mitteilung, daß es gelungen ist, die Straßendecke des Getreidemarktes zwischen Gumpendorfer Straße und Linke Wienzeile ebenfalls vorzeitig fertigzustellen. Dieser Abschnitt ist ab morgen, Freitag 18. Dezember, 12 Uhr mittag, als Einbahn in Richtung zur Wienzeile befahrbar.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Debatte über Wohnungswesen  
=====

17. Dezember (RK) GR. Maller (KLS) erklärt, die Ausführungen des Amtsführenden Stadtrates hätten gezeigt, daß sich in quantitativer Hinsicht an der Wohnungsnot in Wien nichts verändert hat. Er wirft die Frage auf, wo wir in Wien heute mit der Wohnkultur wären, wenn es nicht den sozialen Wohnbau gegeben hätte. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß man ohne den Wohnbau der Stadt Wien den überwiegenden Teil der Mieter der Gemeindebauten zu den Wohnungsuchenden hinzurechnen müßte. Jene, die sich so eifrig dafür aussprechen, daß die öffentliche Hand für die Wohnraumbeschaffung nicht verantwortlich sei, mögen einmal darüber nachdenken, ob man es auf die Dauer zulassen kann, daß raffinierte Geschäftemacher aus der Wohnungsnot der Menschen Kapital schlagen. Die Hausherrn und die ÖVP und die FPÖ vertreten den Standpunkt, daß die Wohnung eine Ware sei und leider ist sie durch die Politik der Koalitionsparteien auch tatsächlich immer mehr zur Handelsware geworden. Grund hierfür ist, daß die Mehrheit dieses Hauses die sozialen Grundsätze der Wohnungspolitik der Ersten Republik preisgegeben hat. Die Kommunisten und Linksozialisten sind der Ansicht, daß es in Notzeiten möglich sein muß, daß nur die öffentliche Hand über die Vergabe von Wohnungen entscheidet.

Zu den derzeit von Vertretern der beiden Regierungsparteien geführten Verhandlungen um eine Neuregelung der Mietzinsfrage erklärt der Redner, daß man mit der Geheimmisterei Schluß machen solle. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, worüber verhandelt wird und welchen Standpunkt die einzelnen Parteien vertreten. In diesem Zusammenhang sprechen sich die Kommunisten entschieden gegen Mietzinserhöhungen aus und fordern die Abschaffung der fünfjährigen Verfallsfrist sowie die Einführung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds. An die Mehrheitsparteien im Wiener Gemeinderat richten sie den Appell, auf Wiener Boden zumindest darin gemeinsam vorzugehen, daß alle Parteien zusammen vom Parlament die sofortige Verabschiedung eines neuen Wohnungsanforderungsgesetzes verlangen. Beschließen wir, fordert der Sprecher der Kommunisten alle Mitglieder des Gemeinderates auf,

in unserem eigenen Wirkungsbereich eine progressive Besteuerung freistehender Wohnungen, um so dem Horten von Wohnungen Einhalt zu gebieten.

Seit 1959 ist nicht nur der Bau von Gemeindewohnungen von Jahr zu Jahr geringer geworden, sondern es sind auch die Mietzinse in den neuen Gemeindebauten immer weiter gestiegen und haben jetzt eine Höhe von durchschnittlich sechs Schilling pro Quadratmeter erreicht; für Komfortwohnungen beträgt die Miete sogar zehn bis zwölf Schilling pro Quadratmeter. Es kann daher schwerlich noch von einem sozialen Wohnbau die Rede sein.

Die meistgestellte Frage in Wien ist: wie kommt man zu einer Gemeindewohnung? In den Augen der Öffentlichkeit besteht der Eindruck, daß die Wohnungsvergebung undurchsichtig ist. Der Redner kritisiert das Vormerkungssystem und fragt dann, warum die Gemeindewohnungen nicht unter öffentlicher Kontrolle vergeben werden. Er regt nochmals an, den seinerzeitigen Vorschlag der Kommunisten zu überprüfen.

Ausführlich beschäftigt sich GR. Maller mit den Auswirkungen des Paragraph 7 des Mietengesetzes, der dem Hauseigentümer die Möglichkeit gibt, Mietzinserhöhungen für Reparaturkosten zu beantragen. Auf diese Weise wurden die Zinskasernen der Vergangenheit ein gutes Geschäft. Der Mieter aber muß die Rechnung bezahlen. Die Kreditaktion der Gemeinde stellt nur eine Milderung aber keine Lösung dieses Problems dar. Außerdem wendet die Gemeinde Wien selbst diesen Paragraph 7 bei jenen Althäusern an, die sie verwaltet. Seit drei Jahren ist auch die Gemeinde nicht mehr bereit, bereits verzinslich aufgenommene Darlehen zu übernehmen und in zinsfreie Kredite zu verwandeln.

Abschließend stellt der Redner die Forderung, mehr als bisher Grundstücke für Kleingartenanlagen bereitzustellen. Den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe gebe er nicht die Zustimmung.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ): im großen und ganzen müsse man sagen, die Wohnungsnot in ihrer Gesamtheit ist nach wie vor gleich geblieben. Er könne daher den Optimismus des Bürgermeisters bei seiner Antrittsrede nicht teilen. Die beiden großen Parteien im Parlament haben eine Lösung der Wohnungsfrage bisher nicht erreicht.

Vielleicht haben aber diese Verzögerungen etwas Positives, da sich in der letzten Zeit von der linken Seite des Hauses her ein Gesinnungswandel einzustellen scheint. Man erkennt, daß die Lösung der Wohnungsfrage nicht allein im Neubau von Wohnungen zu finden ist, sondern daß man auch die Altbestände heranziehen muß. Für eine Neufestsetzung von Mieten hätten sich auch Vizebürgermeister Slavik in einer Broschüre und Stadtrat Glaserer in verschiedenen Äußerungen ausgesprochen. Dies bedeute einen Hoffnungsschimmer am Horizont. Erstmals nach 50 Jahren scheinen die erstarrten Fronten in Bewegung zu geraten.

Die FPÖ trete jedoch keineswegs für eine allgemeine Mietzinserhöhung ein, wie sie das ÖVP-Konzept vorsehe, und ebenso wenig für eine Aufhebung des Kündigungsschutzes. Obwohl sich der ÖVP-Sprecher GR. Hahn von einer Lockerung des Kündigungsschutzes distanziert habe, sei einige Zeit darauf die Zeitschrift des Hausbesitzerverbandes dafür eingetreten und habe gesagt, daß auch die ÖVP unter gewissen Umständen für die Aufhebung des Kündigungsschutzes sei.

Der soziale Wohnbau soll nur den sozial Schwachen zugute kommen. Deshalb trete die FPÖ für die Schaffung einer Einkommensgrenze für die Zuweisung von Gemeindewohnungen ein. Diese Ansicht vertrete auch das Wohnbaukonzept der Gewerkschaft und auch die Stadt Graz habe bei einem Wohnbau für Gemeindebedienstete deren Einkommenverhältnisse bei der Wohnungsvergabung berücksichtigt. Es errege den Unwillen des kleinen Mannes, zu sehen, daß die Parkplätze bei neuen Wohnhausanlagen voll sind, während eine Gruppe junger Menschen auf eine Wohnung spare, kaufen sich andere ein Auto und warten auf die Zuweisung einer Gemeindewohnung. Demgegenüber müsse sich der Grundsatz durchsetzen: Zuerst die Wohnung, dann das Auto. Auch der Bund zahle nur jenen Beamten Vorschüsse, die kein Auto besitzen. Man dürfe nicht mit den Millionen für den Wohnbau indirekt die Autoindustrie subventionieren.

Die Zuweisung von Gemeindewohnungen sei ins Dunkel gehüllt. Kein Ausschuß und auch nicht der Gemeinderat erfahre, wem die Wohnungen zugewiesen werden. Eine Veröffentlichung der Namen und Adressen der Empfänger von Gemeindewohnungen im Amtsblatt würde die Bevölkerung vergewissern, daß die Wohnungsvergabe in gerechter Weise erfolge. Solange diese Grundsätze in der Stadtverwaltung nicht angewendet würden, könnte die FPÖ-Fraktion den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe die Zustimmung nicht erteilen.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) beschäftigt sich mit der Vergebung von Geschäftslokalen in Gemeindebauten. Er bemängelt, daß jeder neue Wohnblock einen Konsumverein enthalte. Dies bedeute einwandfrei eine Subventionierung der keineswegs finanzschwachen GÖC. Dort, wo dem Konsum im Rahmen eines nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführten Einkaufszentrums dieselben Mietbedingungen angeboten würden, wie anderen Geschäftsleuten, sei ihm dies zu teuer. Der Konsum vertrage auch keine gleichartigen Firmen in seiner Nähe, weil er nicht konkurrenzfähig sei (Zwischenrufe der GRe. Gertrude Sandner und Maria Hirschler, SPÖ: Das stimmt nicht, in Kagran und am Eisenstadtplatz sind neben dem Konsum andere Lebensmittel-firmen!)

Im Geschäftszentrum von Kagran würden 8.000 Quadratmeter verbaut, aber die Hälfte dieser Fläche sei bereits an die GÖC vergeben. Hier werde mit Steuergeldern Schindluder getrieben. GR. Dr. Ebert richtet an Stadtrat Glaserer die Frage, wieviele Lebensmittelhändler, die dringend ein Lokal benötigen, bei ihm vorgemerkt sind.

Darüber hinaus aber müsse gesagt werden, daß der Konsum allein niemals eine preisregulierende Funktion haben könne. Manchmal habe er im Gegenteil sogar die höchsten Preise, wie es sich zum Beispiel im sogenannten Gemüsebkanal gezeigt habe.

Jedenfalls müßten in den Einkaufszentren die Geschäftslokale nach echten sozialen und rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten vergeben werden. Dabei dürfte man auch nicht auf die Gewerbe- und Versorgungsbetriebe vergessen.

Zur Frage der Baurechte wäre es wohl nötig, zu überlegen, inwieweit die Gemeinde verpflichtet ist, am Stadtrand große Gebiete aufzuschließen, zu parzellieren und bauwilligen Wienern für die Errichtung von Ein- oder Zweifamilienhäusern zur Verfügung zu stellen. Der Bau solcher Eigenheime, nach denen sich viele Leute sehnen, könnte außerdem auch die Bauwirtschaft entlasten. (Zwischenruf GR. Windisch: "Wieviele können sich denn das leisten?") Es gebe sicherlich genug Leute, die das Geld dafür aufbringen könnten, allerdings nur dann, wenn sie auf Superkonsumgüter verzichten.

Im Zusammenhang mit den Montagebauwohnungen fragt GR. Dr. Ebert, ob es stimme, daß die Mieter, die in Montagebauwohnungen in der

Siebenbürgerstraße einziehen, Einrichtungen um 16.100 Schilling miterwerben müssen. 6.100 Schilling müßten bar bezahlt werden, für die restlichen 10.000 Schilling könne man sich Kredite aufnehmen. Gleichzeitig aber - und das sei der springende Punkt - müßten die Mieter eine Versicherung nicht etwa auf 16.000, sondern auf 100.000 Schilling bei der Wiener Städtischen Versicherungsanstalt abschließen. Das seien reine Kopplungsgeschäfte, wobei man gezwungen sei, bei einer bestimmten Versicherung abzuschließen. Die Vergabe einer Gemeindewohnung dürfte jedoch keineswegs dazu dienen, auch noch ein Versicherungsgeschäft zu machen.

Im folgenden zeigt der Debattenredner Schwierigkeiten bei der Vergabe von Geschäftslokalen auf. Abschließend legt er einen Antrag vor, in dem die großflächige Erschließung von gemeindeeigenen Baugründen am Stadtrand und deren Vergabe an bauwillige Siedler im Baurecht verlagert wird.

GR. Leinkauf (ÖVP) befaßt sich mit der Wohnungsvergabe und bemerkt einleitend, daß die Zahl der Wohnungswerber keinesfalls geringer werde. Die Bevölkerung aber wisse nicht, nach welchen Richtlinien die Gemeindewohnungen vergeben werden. Frage man den einen oder anderen der Glücklichen, die eine Gemeindewohnung bekommen haben, wie sie zu dieser Wohnung gekommen seien, so höre man stets nur die häßlichen Wörter: "Beziehungen" und "Protektion". Dagegen aber sei die ÖVP immer gewesen, und sie habe immer wieder verlangt, daß die Wohnungsvergabe durch eine unabhängige Kommission mit einem unabhängigen Richter an der Spitze erfolgen müßte.

Wie werden also die Wohnungen wirklich vergeben? Werden wenigstens die krassesten Fälle bevorzugt? Was geschieht zum Beispiel mit dem Lager Auhof? Dort hausen 1.200 Leute, oft acht Personen auf einem Raum von knapp zwölf Quadratmeter, und oft müssen Familien jahrelang dort wohnen. Ein Artikel in der "Wiener Wochenausgabe" zeige zum Beispiel den Fall einer Familie auf, die neun Jahre dort leben mußte. Hier müsse raschestens Abhilfe geschaffen werden. Man müßte sich schnellstens überlegen, wie man etwa durch ein Punktesystem Gerechtigkeit bei der Wohnungsvergabe erreichen könnte.

Ein anderes Problem sei die Vergebung von Garageplätzen in den Gemeindebauten. Die Mieter nämlich - und es gibt in den Gemeindebauten auch Mieter, die keiner Partei angehören - seien gezwungen, sich deswegen an eine der SPÖ nahestehende Organisation, und zwar an den ARBÖ, zu wenden. Auch hier müßte also ein anderer Weg gefunden werden.

Abschließend bringt Leinkauf zur Sprache, daß die Hauswarte in den gemeindeeigenen Wohnungen, die doch Angestellte der Stadt Wien sind, dazu verwendet werden, an die neueinziehenden Mieter SPÖ-Fähnchen zu verkaufen. Gemeindebedienstete sollen für parteipolitische Zwecke nicht mißbraucht werden. (Zwischenruf GR. Hans Mayr, SPÖ: Darf ein Gemeindebediensteter nicht Funktionär einer Partei sein?) Selbstverständlich, aber im Dienst darf er solche Fähnchen nicht verkaufen. Sie üben einen gewissen Zwang aus! (Zwischenruf GR. Hans Mayr, SPÖ: Das geht wohl zu weit!) Wenn sich ein Parteisekretär für diese Arbeit nicht mehr hergibt, und Sie Gemeindebedienstete dazu nehmen müssen, dann ist das traurig. Der zuständige Stadtrat möge daher diese Übung abstellen.

GR. Windisch (SPÖ) verweist auf die Ausführungen des Stadtrates Dr. Drimmel, die er im Anschluß an die Antrittsrede des Wiener Bürgermeisters gehalten hat und in denen er die Bereitschaft der ÖVP zu echter Zusammenarbeit zum Ausdruck brachte, und erklärt, daß man durch die heutige Rede des GR. Leinkauf an das Dichterwort erinnert wurde: Die Kunde hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!

Der Redner habe längere Zeit hindurch festgestellt, wer in seinem Bezirk Gemeindewohnungen erhält, und sei dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß der Prozentsatz der Mitglieder der Sozialistischen Partei unter 50 liegt. Demgegenüber spricht die ÖVP seit fast 20 Jahren immer wieder von einem Mißbrauch bei den Wohnungszuweisungen, ohne auch nur ein einziges Mal dafür den Beweis angetreten zu haben. Wie wenig die Wiener Bevölkerung diesen Behauptungen glaubt, hat sich bei der letzten Wahl gezeigt.

Aus dem Bericht des Amtsführenden Stadtrates hebt GR. Windisch den Hinweis auf die Tatsache heraus, daß sich die Zahl der dringlichsten Wohnungsvormerkungen von 14.800 im Jahre 1955 auf nunmehr 6.300 verringert hat. Das ist ein eindeutiger Beweis dafür, daß hinsichtlich der Wohnungsnot in Wien einiges zum Guten gewendet werden konnte.

Man muß sich darüber im Klaren sein, daß es in Wien wie in jeder Großstadt immer Wohnungssuchende geben wird. Man braucht ja nur daran zu denken, daß ein Großteil der Vorgemerkten aus der Zuwanderung in die Großstadt resultiert.

Wenn man sich vor Augen hält, daß von den 420.000 Altwohnungen in Wien 223.000 ohne eigene Wasserzuleitung sind, so beleuchtet das am deutlichsten das Ausmaß des qualitativen Notstandes am Wohnsektor.

Heute kostet eine Zimmer-Küche-Wohnung im Durchschnitt 30.000 Schilling, für eine Zwei-Zimmer-Wohnung werden zwischen 70.000 und 150.000 Schilling bezahlt. Es wäre sehr erfreulich, wenn sich einmal eine der Damen oder einer der Herren der Österreichischen Volkspartei, anstatt immer wieder ungerechtfertigte Kritik an der Wohnungszuweisung zu üben, zum Rednerpult stellen und erklären würde, daß die ÖVP das nicht gut heißt, daß sie aus den vergangenen 20 Jahren gelernt hat und bereit ist, gemeinsam mit der SPÖ Maßnahmen zu beraten und zu beschließen, die diese Bauerei verhindern. (Lobhafte Zustimmung bei der SPÖ. - Widerspruch bei der ÖVP.) Man kann das ruhig so nennen, denn wenn sich jemand nicht ausdrücklich gegen eine Sache ausspricht, muß man annehmen, daß er dafür ist. (Zwischenruf GR. Dr. Bauer, ÖVP: Lesen Sie unsere Zeitungen! - Zwischenruf Stadtrat Dr. Frutscher, ÖVP: Es ist x-mal geschehen, daß wir uns dagegen ausgesprochen haben!) Wenn Sie sich nicht eindeutig dafür aussprechen, daß mit diesem Wohnungsschacher Schluß gemacht werden soll, müssen wir mit Recht annehmen, daß Sie dafür sind. Es kann mit Fug und Recht behauptet werden, daß es die Sozialisten waren, die in der Ersten und Zweiten Republik dafür sorgten, daß das größte und ärgste Wohnungselend in unserer Stadt verschwindet.

In seinen weiteren Ausführungen kommt der Redner auf die Modernisierung der Waschrüchen in den Wiener Gemeindehäusern zu sprechen und richtet an die dort wohnenden Wiener Hausfrauen die Bitte, von dieser mit modernen Maschinen ausgestatteten Einrichtung mehr Gebrauch zu machen. Den zahlenmäßigen Belag der Wiener Obdachlosen-Asyle bezeichnet er im Verhältnis zu den anderen europäischen Städten als durchaus gering, spricht aber gleichzeitig die Hoffnung aus, daß diese Asyle eines Tages überhaupt zum Verschwinden gebracht werden können.



Wenn vom Generalredner der Volkspartei von einem Gefälle in der Wohnungsqualität von Westen Österreichs nach Osten gesprochen wurde, kann dies vielleicht für ein Gefälle bezüglich der Wohnungsgröße gelten, jedoch keinesfalls für die Qualität der Wohnungen.

GR. Schmidt hat den Vorwurf erhoben, daß sich die beiden Koalitionspartner auf Bundesebene noch immer zu keinen entscheidenden Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot einigen konnten. Eine Anpassung der Standpunkte war leider bisher nicht möglich, weil sich die Volkspartei noch immer nicht von einer generellen Mietzinserhöhung distanziert. Die Sozialisten sehen eine Lösung des Wohnungsproblems nur darin, daß der Bau von neuen Wohnungen verstärkt wird, nicht nur in Wien sondern in allen anderen Gemeinden Österreichs. Eine Besserung der Wohnungsverhältnisse durch den Umbau von Altwohnungen wird sich nur in wenigen Fällen erzielen lassen. Die meisten dieser unzulänglichen Wohnungen verfügen über eine Küche, die zirka acht Quadratmeter groß ist. Wo kann man denn da, ganz abgesehen von der Schwierigkeit der Installation, ein Wohnzimmer, ein Klosett, eine Wasch- oder Badegelegenheit und eine Küche unterbringen?

Konsumvereinslokale in den Gemeindebauten: Wenn man zum Beispiel den Berta von Suttner-Hof zum Vergleich heranzieht, hier ist ein Konsumvereinslokal uns sieben Geschäfte für private Firmen. Der Redner richtet die Frage an die Vertreter der Volkspartei, wieviele Konsumvereinslokale es in Frinke-Beuten gibt, die ja gleichfalls aus öffentlichen Mitteln errichtet werden. (Zwischenruf Gemeinderat Leinkauf: Die haben es doch nicht nötig zum Frinke zu gehen, denn dort müßten sie ja was zahlen). Der Redner verweist darauf, daß auch bei Ausrüstung und Räumungen aus sonstigen Gründen die Gemeinde Wien die Ersatzlokale für die Geschäftsleute bereitstellt.

Der Eigenheimbau werde auch von ihm begrüßt, stellt GR. Windisch fest. Leider kommt er aber bereits so teuer, daß es für Siedlungsgenossenschaften fast unmöglich ist, den Eigenheimbau zu fördern. Die Zahl der vergebenen Baurechte ist nicht gering. Es seien jedoch nur bestimmte Gebiete unserer Stadt für die Verbauung mit Ein- oder Zweifamilienhäusern geeignet.

Die Forderung nach einer Wohnungsvergebung durch eine unabhängige richterliche Kommission sei ein Mißtrauen gegen den Amtsführenden Stadtrat und die Beamten des Wohnungsamtes, die mit der Vergabung betraut sind. (Zwischenruf GR. Leinkauf: Das wäre eine Entlastung des Stadtrates!) GR. Windisch erklärt, daß GR. Leinkauf menschlich mitfühlend sei, er möge es aber ruhig dem Stadtrat überlassen, ob dieser die Arbeit noch "derpackt" oder nicht.

Was den Mißbrauch der Hauswarte anlangt: Man soll hier doch nicht übertreiben. Was ist denn schon dabei, wenn ein politischer Funktionär den Hausbesorger fragt, ob er die Fahnen verkaufen will oder nicht. Es ist noch kein Hausbesorger gemäßregelt worden, wenn er das abgelehnt hat. Den Hausbesorger als Gemeindebediensteten zu bezeichnen, ist wohl etwas weit hergeholt.

Abschließend appelliert der Redner an die ÖVP, im Parlament endlich für die Schaffung eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes und eines Reparaturausgleichsfondseinzutreten. Es sei grotesk, wenn im letzten Bundesgesetzblatt ein Gesetz verlaublich wird, das nur dem Zweck dient, daß die Bundesgebäudeverwaltung bei der Gemeinde Wien ein zinsfreies Reparaturdarlehen für die Bundesbauten aufnehmen kann. Der reiche Bund kommt also zur Gemeinde Wien um ein Darlehen für eine Sache, die von ihm selbst gelöst werden müßte. Auf Bundesebene müßte zur Lösung aller Wohnungsprobleme noch viel getan werden. In einer generellen Regelung dürfte eine Mietzinserhöhung jedoch nicht enthalten sein.

In diesem Sinne werde seine Fraktion den Ansätzen die Zustimmung erteilen.

GR. Hahn (ÖVP) verweist auf eine Broschüre des Vereines "gut haushalten", die eine Statistik über die Lebensverhältnisse von 936 jungen Familien enthält.

Sie beschäftigt sich auch mit dem Wohnungsproblem dieser Familien. Es wird festgestellt, daß von ihnen 481 Arbeiterhaushalte sind, und zwar mit einem Durchschnittseinkommen von monatlich 3.258 Schilling und einem durchschnittlichen Mietzinsaufwand von 123 Schilling. 455 sind Angestelltenhaushalte mit durchschnittlich 3.648 Schilling und einem durchschnittlichen Mietzinsaufwand von 162 Schilling. Es scheinen also nicht allzu viele der Befragten in einer neuen Gemeindewohnung des Sonderbauprogramms zu wohnen. 64 Prozent der Befragten haben eine eigene, meistens schlechte Wohnung, acht Prozent leben in Untermiete und 28 Prozent bei den Eltern oder Verwandten. Die durchschnittliche Personenzahl dieser Haushalte ist 2,5. Drei Viertel der Gattinnen arbeiten. Was aber vielmehr als alle diese Zahlen ausdrückt, das sind die fünfzig abgedruckten Briefe, die unser Gewissen wachrütteln müssen. Die meisten schreiben, daß sie einen Wohnraum von acht bis zehn Quadratmeter zur Verfügung haben und für das Kind oft nicht einmal ein eigenes Kinderbett aufgestellt werden kann. Es ist also zu hoffen, daß alles zur Behebung der Wohnungsnot getan wird, daß man auch auf Bundesebene zu Lösungen kommt und die jetzt geführten Verhandlungen mit einem baldigen und guten Ergebnis abgeschlossen werden können. Die Verhandlungen werden vertraulich geführt, da sich sonst immer wieder alle Interessengruppen einschalten und das bisher Erreichte womöglich wieder zunichte machen. Wenn es zu einer vernünftigen Lösung kommen soll, werden aber die verschiedensten Seiten, auch die Vertreter der Hausherrenschaft, Konzessionen machen müssen.

Grundsätzlich müsse man feststellen, daß die Ungerechtigkeiten und die Schwierigkeiten in den vergangenen Jahren eher zugenommen haben. Eines ist sicher, die Zahl der vom Wohnungsproblem auf irgendeine Art Betroffenen steigt ständig.

Erfreulich ist beim Bericht von StR. Glaserer festzustellen, daß die Zahl der fertiggestellten Wohnungen gestiegen ist. Auffallend freilich, daß dies immer gerade in Jahren von Gemeinderatswahlen der Fall ist. Hier scheint also die Planung zu funktionieren.

Freilich sind andererseits von den 5.000 übergebenen Wohnungen fast die Hälfte im Oktober, November und Dezember übergeben worden. Warum ist es nicht möglich, das Gros der Bauten im Sommer fertigzustellen?

Der Redner beschäftigt sich dann mit verschiedenen Fragen der Mietzinsbildung. Er stellt fest, daß in Altmannsdorf die Wohnungen zehn Schilling pro Quadratmeter kosten, in Kagran jedoch elf Schilling und fragt, wieso dann die Montagebauwohnungen um acht Prozent billiger sind. Aus einer Gegenüberstellung der Mieteneinnahmen und der Betriebskosten ist zu ersehen, daß die Mieten um 33 Prozent gestiegen sind, die Betriebskostensteigerung jedoch 60 Prozent beträgt. Allerdings sind hier die Zentralheizungskosten inbegriffen.

Der Redner meint dann, daß sich in der Mietenfrage die Meinungen der beiden Parteien schon weitgehend decken. Allerdings ist von der sozialistischen Seite noch kein Lösungsvorschlag gemacht worden.

Noch einmal zu den Mieteneinnahmen stellt der Redner fest, daß diese innerhalb von sechs Jahren auf fast das Doppelte gestiegen sind. In den letzten fünf Jahren betragen die reinen Mieteneinnahmen im Durchschnitt 300 Schilling pro Wohnung; das ist das Vier- bis Fünffache der ursprünglich in Gemeindebauten verlangten Mieten.

Desgleichen sei die Wertabschreibung in den letzten sechs Jahren um fast 100 Prozent gestiegen. Allerdings konnte auch der Erhaltungsaufwand aus der Wertabschreibung gedeckt werden. Mit anderen Worten: es ist nunmehr möglich, die Gemeindebauten aus den Mieteneinnahmen zu erhalten, wobei der Großteil allerdings von den nach 1959 eingezogenen Mietern getragen wird. Viele alte Gemeindebauten würden einen höheren Erhaltungsaufwand erfordern, als die Mieten ergeben.

Ein unangenehmes Kapitel seien die Abbruchfälle. GR. Hahn zitiert aus dem Statistischen Jahrbuch für Wien die Zahl der Abbruchwohnungen in den Jahren 1959 bis 1963. 1964 seien bis Ende November von der Dreierkommission der Baupolizei bereits 478 Wohnungen als unbenützt erklärt worden. Das Wohnungsamt bringe wohl einen Großteil der Abbruchfälle in neuen Gemeindewohnungen unter. Selten jedoch könnten die Betroffenen im selben Wohnbezirk verbleiben und meist bekämen sie eine kleinere Wohnung.

Vielen wäre es zweifellos lieber, sich unter Heranziehung von Eigenmitteln eine Genossenschaftswohnung kaufen zu können und sie wären froh, würden sie von der Gemeinde einen fehlenden Differenzbetrag erhalten. Diese Absiedelungsbeihilfe müßte natürlich auf freiwilliger Grundlage gehandhabt werden.

Die Gemeinderäte Hahn, Kowarsch und Haag stellen daher folgenden Antrag, der zur Behandlung an die Gemeinderatsausschüsse II, VI und IX überwiesen werden soll:

"Für Mieter, die ihre Wohnung aus Gründen des Abbruches oder der Assanierung räumen müssen, soll von der Gemeinde auch die Möglichkeit geschaffen werden, anstelle der Zuweisung einer Gemeindewohnung eine zweckgebundene, ausschließlich zur Beschaffung einer neuen Wohnung dienende Absiedelungsbeihilfe zu erhalten, wobei der Familienstand zu berücksichtigen wäre."

GR. Hahn befaßt sich hierauf mit dem Wohnbauprogramm des ÖGB, das in einem Artikel von Josef Exel niedergelegt ist. Darinnen wird bemängelt, daß zu wenig für die kinderreichen Familien geschehe. Auch wird Kritik an dem System der öffentlichen Wohnbaufinanzierung geübt. Der Verfasser fordert die Umgestaltung des Förderungssystems und eine weitgehende Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Wohnungswerber. Er fordert ferner ein differenziertes Förderungssystem, das von der Wohnungs-Vollfinanzierung durch die öffentliche Hand für wirtschaftlich Schwache bis zur Subjektförderung der Bauwilligen reichen müsse. Dieses Wohnbaukonzept des Gewerkschaftsbundes decke sich fast völlig mit den Vorstellungen der ÖVP.

GR. Hahn erinnert dann an einen im Vorjahr eingebrachten ÖVP-Antrag zur Neuorganisation des Wohnungsbaues und umreißt dessen Inhalt. Er beschäftigt sich auch mit den Wucherpreisen, die für Untermieten verlangt werden und spricht in diesem Zusammenhang namentlich von einem bestimmten Wiener Realitätenhändler, der in Zusammenhang mit der Neuen Wiener Wohnbauaktion hunderte Wohnungen errichtet habe. In einem von diesem gebauten Komforthaus in der Jacquingasse 34 würden für eine Wohnung Monatsmieten von 6.000 Schilling verlangt.

Abschließend verliest der Redner eine von den Gemeinderäten Hahn und Dr. Ebert gezeichnete, schriftlich an den Bürgermeister gerichtete Anfrage: "Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu tun, um ehebaldigst die Behandlung des am 16. Dezember 1963

in der Sitzung des Wiener Gemeinderates eingebrachten Antrages, betreffend die Neuorganisation des Wohnbaues in Wien, herbeizuführen?"

GR. Hahn schließt mit der Versicherung, daß die ÖVP-Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen werde.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) bezeichnet die Wohnungsfrage für Wien als nach wie vor das Problem Nummer eins. Es handelt sich dabei in erster Linie um einen qualitativen Wohnungsnotstand, zum Teil aber auch um einen quantitativen. Vor allem ist die ungleiche Zinsgestaltung, die Tatsache, daß die Bürger, die aus den gleichen Gesellschaftsschichten kommen, die den gleichen Einkommenschichten angehören, so different behandelt werden, aber auch die Empfindung, den damit zusammenhängenden Fragen und Problemen nur schwer an den Leib rücken zu können, die aufs schwerste bedrücken und Unbehagen erzeugen.

Die Sozialdemokraten haben, als sie 1919 in das Rathaus einzogen und mit dem damaligen Wohnungselend ein furchtbares Erbe übernahmen, geradezu seherisch ihre Aufgabe erkannt. Es war eine echte sozialistische Leistung, daß man den Mut aufbrachte, als Bauherr aufzutreten, und damit half, die Arbeiter und Angestellten aus der Enge und Dumpfheit, aus den elendsten und lichtlosen Wohnungen herauszuführen.

Heute müssen wir noch immer 250.000 Mietwohnungen als unserer Zeit nicht mehr entsprechend, als unsozial, gesundheitsschädlich und nicht familiengerecht bezeichnen. (Zwischenruf bei der ÖVP: Da ist die Siemensstraße dabei! - Zwischenruf GR. Dr. Bauer, ÖVP: Geben Sie das Kapital zum Modernisieren! Woher sollen die das nehmen?)

Die gesellschaftliche Entwicklung geht heute dahin, daß sich die Bürger unserer Stadt erwarten, daß man ihnen bei der Errichtung oder bei der Beschaffung einer Wohnung hilft. Man wird aber nicht weiterkommen, wenn man diese Frage dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterwerfen will. Die gesetzgebende Körperschaft hat aber die Verpflichtung, hier einzugreifen, und für die Sozialisten ist es unverständlich, daß es noch immer nicht gelingt, den privaten Wohnraum einer öffentlichen Bewirtschaftung zu unterziehen.

Die Sozialisten fordern schon seit Jahr und Tag, daß endlich ein modernes Bodenbeschaffungsgesetz beschlossen wird, mit dem es

nöglich ist, dringend benötigten Baugrund zu erhalten, keineswegs ohne Entschädigung, aber zu einem angemessenen, nach der Marktlage festgelegten Preis. Wir fordern seit Jahren dieses Gesetz, damit man sich nicht ständig mit Bodenspekulanten herumstreiten muß, wir verlangen dieses Gesetz, damit das ständige Lizitieren mit öffentlichen Mitteln endlich aufhört!

Die Forderung nach einer Kommission für die Wohnungsvergabe geht am Wesen der Sache vorbei. Ein Punktesystem haben wir überdies bereits gehabt, es hat sich jedoch als ungenügend herausgestellt.

Seit Jahr und Tag fordern wir auch die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds. Wir erheben erneut die Forderung nach diesem Fonds, mit dem allen jenen Familien geholfen werden soll, die in schlechten Wohnungen leben, aber die höchsten Zinse zahlen müssen. Wir hoffen, daß dieses Problem wirklich bald gelöst werden kann.

GR. Lauscher (KLS), der sich zu Wort gemeldet hat, befaßt sich mit den Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen zum Wohnungsproblem. Die Forderung der FPÖ nach einer Neufestsetzung der Mietzinse bezeichnet er als "kapitalistischen Weg", mit dem man nicht die Wohnungsnot lindern könne, dafür aber den Hausherren entgegenkomme.

Die ÖVP habe heute "tiefe Töne von sich gegeben" über die schlimmen Auswirkungen der Wohnungsnot. Es komme jedoch nicht darauf an, was von den Rednern gesagt werde, sondern darauf, wie die Praxis der ÖVP aussehe. Zu dieser Praxis gehöre es, daß die ÖVP eine Verlängerung des Wohnungsanforderungsgesetzes verhindert habe. Dadurch flößen jährlich 300 Millionen Schilling steuerfrei in die Taschen der Hausherren. Die ÖVP habe ferner die Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds abgelehnt, und sie befürworte die Drosselung des Wohnbaues der Gemeinde Wien. Außerdem sei sie für eine allgemeine Mietzinserhöhung, allerdings nicht sofort, sondern in Etappen. Darunter stelle sich die ÖVP also eine vernünftige Lösung der Wohnungsfrage vor. Die Vorschläge der ÖVP seien alles andere als vernünftig, dafür entsprächen sie jedoch den Interessen der Hausherren.

Mit der Forderung der SPÖ nach einer Verstärkung des Wohnungsneubaues sei seine Fraktion einverstanden, allerdings nur dann, wenn Wohnungen mit niedrigen Mietzinsen gebaut werden.

Auch die übrigen Forderungen der SPÖ, so nach der Notwendigkeit einer richtigen Wohnungsbewirtschaftung, nach einem Bodenbeschaffungsgesetz usw., seien durchaus in Ordnung. Es erhebe sich jedoch die Frage: Wie könne man diese Forderungen, die ja nicht erst heute gestellt würden, endlich durchsetzen? Wie könnte man diese menschlichen Forderungen, die der christlichen Humanität entsprechen, in die Praxis umsetzen? Die Bevölkerung warte auf soziale Taten! Wie lange wolle man sich also der Taktik des guten Zuredens noch bedienen.

Wenn man glaubt, daß in Geheimverhandlungen die richtigen Methoden zur Lösung der Wohnungsnot gefunden werden, sei das unbegreiflich. Die Erfahrung hat doch gelehrt, daß die Arbeiterklasse alle ihre Forderungen nur mit Unterstützung der Massen durchsetzen konnte. Man müßte der ÖVP klar machen, daß es hier um Forderungen geht, die demokratisch gelöst werden müssen.

Stadtrat Glaserer erwidert in seinem Schlußwort auf den Vorwurf des GR. Maller, er habe auf das Wohnungsanforderungsgesetz verzichtet, daß man nur Lösungen verlangen kann, deren Verwirklichung man für möglich hält. Er halte es für möglich, daß in bestimmter Hinsicht gesetzliche Regelungen erlassen werden können ohne daß es ein Wohnungsanforderungsgesetz gibt. Bei der Mietzinsbildung seien die Sozialisten keinesfalls von ihren Grundsätzen abgegangen, nur sind heute manche Fälle anders gelagert als früher.

Öffentliche Kontrolle bei der Wohnungsvergabe: Man muß sich hier einmal darüber klar werden, welche Möglichkeiten einer öffentlichen Kontrolle es gibt und wie diese gehandhabt werden müßte. Zunächst die Zuweisung durch eine Kommission: Nachdem es sich hier um keine geheime Kommission handeln könnte, wären ihre Mitglieder also bekannt und alle Wohnungsuchenden würden sich an sie wenden. Die Kommissionsmitglieder kämen also bereits mit einer Tasche voll Wohnungsfällen und würden versuchen in der Kommission ihre Fälle durchzusetzen. Derartiges haben wir schon erlebt. Vergebung unter Vorsitz eines öffentlichen Richters: Was soll der Richter dort sagen. Es werden ihm tausende gleichgelagerte Fälle zum Beispiel von überbelegten Wohnungen vorgelegt. Er ist also wieder darauf angewiesen, daß der Beamte ihm sagt, welcher Fall eventuell doch der dringlichere wäre. Was würde eine Ausschreibung im Amtsblatt oder an einem Aushang nützen?



Soll man da draufschreiben, dieser oder jener braucht wegen Seuchengefahr eine Wohnung? Das würde keinesfalls im Interesse der Betroffenen liegen.

Unser Bemühen muß daher sein, so gerecht als möglich bei den Wohnungszuweisungen vorzugehen. Das ist nachwievor die beste Methode.

GR. Dr. Schmidt hat davon gesprochen, daß vor den Gemeindefamilienwohnungen so viele Autos parken und daß die Bevölkerung zur Ansicht kommen müßte, die Anschaffung einer Wohnung wäre wichtiger als die eines Autos.

Man kann doch wahrlich ein Auto nicht als Maßstab für die Einkommensverhältnisse nehmen. Viele brauchen beruflich ein Auto, andere wieder kaufen ein altes, reparieren es die ganze Woche über, damit sie dann Sonntag wegfahren können. Vor ungefähr zwei Monaten hat eine Familie mit zwei Kindern in der Bartnsteingasse in einem Auto ihr Quartier aufgeschlagen. Ja dürfte man denn dieser Familie keine Wohnung geben?

Zur Einkommensgrenze: Sie hat viel für sich und fürs erste können man dafür eintreten. Bei näherem Betrachten muß man jedoch sagen, es wird nicht leicht sein, die Höhe des Einkommens festzustellen. Man kann auch nur das Familieneinkommen als Grundlage nehmen. Was ist aber, wenn eine Frau nach der Geburt eines Kindes zu Hause bleibt oder der umgekehrte Fall eintritt, daß jemand zuerst ein geringes Einkommen hat und dann durch eine spätere Berufstätigkeit der Frau oder ein höheres Einkommen weitaus mehr verdient. Es ist also auch das keine geeignete Maßnahme.

Benechtigung der Privaten gegenüber dem Konsumverein: Natürlich haben wir für die Gemeinwirtschaft etwas übrig. Aber das, was wir für den Konsum machen, ist doch sehr gering. Der Konsum hat sechseinhalb Prozent des Quadratmeter-Anteils. 93,5 Prozent sind also der Privatwirtschaft zugeführt worden.

Verkauf von Lokalen: Gerade hier achten wir so sehr darauf, daß nicht jemand, der ein Lokal umsonst von der Gemeinde erhalten hat, dann aus dem Verkauf Nutzen ziehen möchte. Aber man muß zubilligen, daß bestimmte Investitionen abgegolten werden.

Montagebauwohnungen: Wir stellen es jedem frei, ob er die Wohnung mit oder ohne Einbaumöbel haben will.

Fensterschmuck: Welch große Aufregungen um so kleine Fähnchen. Um den Parteien die Besorgung zu erleichtern, hat der Hauswart solche Fähnchen: rot-weiß-rot, rot-weiß-rot und auch mit drei Pfeilen. Sollte es Ihnen etwa ganz neu sein, daß die überwiegende Mehrheit im sozialistischen Lager steht? (GR. Leinkauf, ÖVP: Wir kennen die Wohnungsvergebung seit 1918!) Wenn Sie sie kennen, dann verstehe ich die gehässigen Reden nicht, erwidert StR. Glaserer, denn dann müßten Sie das Bemühen anerkennen, die Wohnungen korrekt und anständig zu vergeben.

Zur Kritik am Lager Auhof: Es gibt keine Großstadt, in der es nicht eine gewisse Ansammlung von sagen wir, sozial angeschlagenen gibt. Nun sind neben hochanständigen Menschen auch gewisse Asoziale im Auhof vorhanden, und deshalb das lange Zögern. Er sei bereit, sagte der Stadtrat, wenn er das Entgegenkommen der anderen Parteien annehmen dürfte, zu experimentieren. Aber Sie dürfen dann nicht schreien, wenn ich solche Leute aus der Wohnung wieder herausnehme.

Zur Anregung des GR. Windisch, die Instandsetzung größerer Wohnhausanlagen in einem Zug durchzuführen, kann gesagt werden, daß solche Aktionen vorbereitet werden. Ihr Zweck ist, zu vermeiden, daß sich die Reparaturarbeiten an größeren Wohnblöcken auf einen allzulangen Zeitpunkt ausdehnen.

Daß in Wahljahren mehr Wohnungen fertiggestellt werden, kann schon deshalb nicht wahlwerbend wirken, weil die Auswirkungen der fertiggestellten Wohnungen viel zu spät kämen.

Zu den Betriebskosten der Gemeindewohnungen ist zu sagen, daß es niemanden gibt, der so niedrige Betriebskosten verrechnet, wie die Gemeinde Wien. Dies ist nur deshalb möglich, weil wir die Betriebskosten pauschalieren. Derzeit beträgt das Pauschale 80 Groschen pro Quadratmeter. Es muß freilich erhöht werden, wenn die Betriebskosten steigen, denn eine Abdeckung dieser Kosten aus Budgetmitteln kommt nicht in Frage.

Der Mietzins in den Montagewohnungen hat genau dieselbe Höhe wie in allen übrigen Gemeindewohnungen, nämlich zwei Prozent des Bauaufwandes im Jahr. Da die Baukosten im Montagebauverfahren um acht Prozent unter dem Niveau der herkömmlichen Bauweise liegen,

sind die Mieten dort sogar billiger. Hinzu kommt lediglich der Beitrag für die Zentralheizung. Dafür ersparen sich die Mieter Brennstoffkosten und die Anschaffung von Heizgeräten. Einschließlich der Zentralheizung werden 9.20 Schilling und 70 Groschen für den Lift pro Quadratmeter verlangt und keinesfalls mehr, sodaß es ein Rätsel ist, wie GR. Hahn auf 11 und 12 Schilling kommt (Zwischenruf Vizebürgermeister Blavik: "Kleiner Propagandaaufschlag!")

Ich stehe zu der Äußerung, daß Wohnungen wie die in der Montagebausiedlung die Arbeiterwohnungen der Zukunft sind. Die zentralbeheizte Wohnung wird in unserer Stadt für den arbeitenden Menschen einmal der Normalfall sein.

GR. Lauscher möchte ich sagen, daß es mir lieber ist, wenn heikle Probleme, wie die Wohnungsfrage eines ist, hinter geschlossenen Türen verhandelt werden und es kommt dabei etwas heraus, als wenn in der Öffentlichkeit mit allen Mitteln der Demagogie darüber gesprochen wird; denn dabei kommt bestimmt nichts heraus. Darum hoffen wir zuversichtlich auf Erfolge der Verhandlungen über die Wohnungsfrage.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Die vorliegenden Beschlusanträge und die Anfrage wurden einstimmig den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Morgen Freitag, 9 Uhr, werden die Ansätze der Geschäftsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) und anschließend der Geschäftsgruppe XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) beraten. Referenten sind Stadtrat Dr. Prutscher und Stadtrat Sigmund.

(Ende des Sitzungsberichtes)

## Puppen - Mütter - Puppenmütter

=====

17. Dezember (RK) In einem der Wappensäle des Wiener Rathauses gab es heute nachmittag erwartungsvolle Kinderaugen. Puppen, Mütter und Puppenmütter gaben sich ein Rendezvous, um zu schenken und beschenkt zu werden. Es handelte sich um die Puppenadoptions-Aktion, die das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien schon seit einigen Jahren durchführt. Kleine Mädchen bekommen ein Jahr lang ein Puppenkind zur Pflege, und wenn sie diesem eine gute Pflege geschenkt haben, dann erhalten die Puppenmütter ihre Puppenkinder als "adoptiertes Glück" geschenkt.

Die erste Veranstaltung dieser Art fand bereits in dieser Woche am Dienstag im Kindergarten Stadtpark statt. Stadtrat Maria Jacobi überreichte die Puppen und die Adoptionsurkunden an 25 Mädchen aus verschiedenen Horten der Stadt Wien. Heute nachmittag waren 50 Pflegekinder mit ihren Müttern eingeladen, die Stadtrat Maria Jacobi herzlich begrüßte. Die Kinder sollen an den Puppenkindern lernen, betonte die Wohlfahrtsstadträtin, daß man eine Verpflichtung übernimmt, wenn man etwas betreut. Hierauf begutachtete Stadtrat Jacobi die Puppen von 45 Kindern, die im Vorjahr ihre "Pflegekinder" bekommen hatten und überreichte ihnen die Adoptionsurkunden. Dann erhielten die neuen "Mütter" ihre Pflegepuppen.

- - -

Konstituierung des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien  
=====

17. Dezember (RK) Im Stadtsenatsaal des Wiener Rathauses fand heute abend die konstituierende Sitzung des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien statt. An der Sitzung nahmen Landes-  
hauptmann Jonas und die Mitglieder der Wiener Landesregierung teil.

Landeshauptmann Jonas führte in seiner Begrüßungsrede aus:

"Am 20. November 1963 wurde zum erstenmal das Kollegium des Stadtschulrates für Wien konstituiert. Durch die Neuwahl des Landtages ist eine Neubestellung der Mitglieder des Kollegiums notwendig geworden. Die im Landtag vertretenen Parteien haben die ihnen zukommenden Mitglieder und Ersatzmitglieder vorgeschlagen und die Landesregierung hat das Kollegium bestellt. Bevor ich die Angelobung der Mitglieder und Ersatzmitglieder vornehme, will ich einiges über die Tätigkeit des Kollegiums in der Zeit vom 20. November 1963 bis zum heutigen Tage berichten.

Das Kollegium hat in diesem Zeitraum drei Plenarsitzungen abgehalten. Die erste Sektion, die sich in der Hauptsache mit den Angelegenheiten der Volks-, Haupt- und Sonderschulen zu befassen hat, ist in acht Sitzungen zusammengekommen, die zweite Sektion, die für die Angelegenheiten der allgemeinbildenden höheren Schulen zuständig ist, ist dreimal zusammengetreten, die dritte Sektion hat sich einmal versammelt, um die Mitglieder der Untersektionen für die berufsbildenden Pflichtschulen und für die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen zu nominieren. Die Untersektion für die berufsbildenden Pflichtschulen hielt sechs Sitzungen ab, die zweite Untersektion vier. Im ganzen sind Kollegium, Sektionen und Untersektionen 25 mal in einem Zeitraum, der ein Jahr und vier Wochen umfaßt, zusammengetreten. Eine umfangreiche Arbeit ist bewältigt worden. Einen breiten Raum nahmen die Personalangelegenheiten ein, bei denen es sich um Neuanstellungen von Lehrern, Definitivstellungen, Vorschlägen für Weiterernennungen, Auszeichnungen, Titelverleihungen und um die Anstellung von Schulaufsichtsbeamten handelte. Sehr gründlich wurden die Gutachten zu Gesetzesvorlagen behandelt. Es sei auf die Stellungnahme des Stadtschulrates zum Schulzeitgesetz, zum Gesetz über die Anstellungserfordernisse für die Kindergärtnerinnen, Erzieher an Horten

und Erzieher an Schülerheimen, zum Gesetz über die definitive Anstellung der Bezirksschulinspektoren, und zum Entwurf eines Landesgesetzes betreffend die Zuständigkeit der Bundespolizeidirektion Wien auf dem Gebiete der Schulwegpolizei verwiesen. Ebenso wurden die Erlässe, die für die Wiener Schulen gelten, beschlossen. Die Form, in der sich die Arbeit des Stadtschulrates abwickelte, war sachlich und vom Geiste guter Zusammenarbeit erfüllt, so wie es für ein Schulwesen wünschenswert ist. Schulkörperschaften hat es schon in der Ersten Republik und auch vorher gegeben, aber nach der langen Zeit, in der es keinen Stadtschulrat und keine Landes- und Bezirksschulräte als Körperschaften gab, war es doch etwas Neues, neben das Amt dieser Behörden ein Gremium aus Vertretern des Volkes zu setzen. Die Ergebnisse der Arbeit zeigen, daß diese Form der Demokratisierung dem Schulwesen förderlich ist. An den Interessen der Schule nehmen nicht nur die Beamten der Schulbehörden und die Lehrer Anteil, sondern die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Stadtschulrates und die Vertreter der Eltern. In den kommenden Jahren wird die Schule mehr als bisher in den Vordergrund des öffentlichen Lebens treten. Am 1. September 1966 tritt die neunjährige Schulpflicht in Kraft. Etwa 150 neue Schulklassen des polytechnischen Lehrganges wird es von diesem Tage an geben, die in 14 Schulhäusern untergebracht werden sollen. Man muß den 1. September 1966 schon jetzt ins Auge fassen, damit keine Schulraumschwierigkeit entsteht. Im Haushaltsplan des Landes Wien für das kommende Jahr sind die Mittel enthalten, die zur Bereitstellung des notwendigen Schulraumes erforderlich sind. Vom Herbst des Jahres 1968 an werden die Pädagogischen Akademien die Bildung des Lehrernachwuchses definitiv übernehmen. Es wird notwendig sein, das Kuratorium des Landes Wien für die Pädagogischen Akademien zu bilden, eine Körperschaft, die sich mit verschiedenen Aufgaben zu befassen hat, die diese Schulen betreffen. Aber auch um alle anderen Termine muß sich der Stadtschulrat kümmern. Die Schüler der berufsbildenden mittleren Lehranstalten werden um ein Jahr länger die Schulen besuchen, die Handelsschüler, die Fachschüler, die Schülerinnen der mittleren Lehranstalten für gewerbliche und hauswirtschaftliche Frauenberufe. Die Handelsakademien bestehen nicht mehr wie bisher aus vier Jahrgängen, sondern aus fünf. Der Umbau der alten Typen der Mittelschulen in die neuen

der allgemeinbildenden höheren Schulen ist wichtig. Die Verteilung dieser Schulen in Wien, wo es noch zwei Gemeindebezirke gibt, die keine allgemeinbildende höhere Schule besitzen, muß gut überlegt werden. Im Schuljahr 1971/72 werden zum erstenmal die neunten Klassen dieser Schulen beginnen. Die Durchführung der neuen Schulgesetze wird fast ein Jahrzehnt umfassen. Für das Schulwesen ist das eine wichtige Epoche, die Zeit der Umgestaltung der Schule im Sinne der neuen Schulgesetze. Diese Arbeit muß ein Werk der gewissenhaften Vorbereitung sein, baulich, schulorganisatorisch und lehrplanmäßig. Das neue Kollegium des Stadtschulrates findet ein weites Gebiet der Arbeit vor. Ich wünsche den Mitgliedern des Kollegiums viel Glück zu dieser Arbeit.

Abschließend dankte Landeshauptmann Jonas den aus dem Kollegium des Stadtschulrates ausgeschiedenen 17 Mitgliedern und Ersatzmitgliedern. Nach der Rede des Landeshauptmannes erfolgte die Angelobung der Mitglieder und der Ersatzmitglieder des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien durch den Präsidenten des Stadtschulrates, der nach dem Gesetz Landeshauptmann Jonas ist. Zum Amtsführenden Präsidenten wurde Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Neugebauer wiedergewählt, zum Vizepräsidenten Landtagsabgeordneter Professor Markus Bittner bestellt.

Abschließend ergriff der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates, Abgeordneter Dr. Neugebauer, das Wort. Er dankte dem Kollegium und Landeshauptmann Jonas für seine Bestellung, die er als einen Akt des Vertrauens bezeichnete, das die Verpflichtung nach sich zieht, alle Kräfte dem Wiener Schulwesen zur Verfügung zu stellen. Das Wiener Schulwesen ist in seiner Art etwas besonderes. Wien ist nicht nur die größte Schulstadt, sondern seiner Behörde kommt besonderes Gewicht zu, da sie Landes- und Bezirksschulbehörde in einem ist und alle Befugnisse in sich vereinigt. Das neue Kollegium wird die Arbeit dort fortsetzen, wo das alte Kollegium sie im Oktober dieses Jahres beendet hat. Es wird vor allem darauf ankommen, die Schulgesetze nicht nur den Terminen, sondern auch dem Geist entsprechend, von dem Sie erfüllt sind, durchzuführen. Man muß alle Energie auf dieses Ziel richten und die Kräfte nicht auf Nebenwegen und gegeneinander vergeuden, sondern einigen und sammeln für dieses große Werk. Abschließend dankte der Stadtschulratspräsident dem scheidenden Vizepräsidenten und den ausgeschiedenen Mitgliedern des Kollegiums.